

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Verfallungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 251.

Donnerstag, den 26. Oktober 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Steuerungsdebatte im Reichstage.

In der Fortsetzung der Steuerungsdebatte ergriff am Dienstag zunächst der Nationalliberale Herr Fuhrmann das Wort. Zunächst war er ein Herz und eine Seele mit Herrn Spahn und dem Reichskanzler. Wie diese bilden tiefen Denker, will auch er keine allgemeine Steuerungsdebatte; wie der Philosoph von Hohenhausen, will er am sogenannten System des Schutzes der nationalen Arbeit mannesmütig festhalten (nebenbei etwas mannesmännische äußere Politik treiben) und wie der große Zentrumsdiplomate, will auch er den Konjunktur mageren Knochen kleiner Mittelchen zuwerfen, zumal der Reichskanzler solche ja als wenigstens diskutabel bezeichnet hat. Auch wegen des argentinischen Fleisches läßt Herr Fuhrmann mit sich reden und an den Einfuhrschneidern, d. h. an ihren Auswüchsen, bellebe nicht an ihrem ganzen System Abte er geziemend sanfte Kritik. Aber schon diese leisen Einwände waren den Sunkern zu viel und sie fielen mit Zwischenrufen ein. Herrn Fuhrmann gaben die Zwischenrufe Gelegenheit, sich noch intensiver zum Schutz zu bekennen. Dann aber begann er, im Namen des „angemessenen“ Zollschutzes gegen die extremen Schutzöllner zu polemisieren und schwang sich schließlich dazu auf, unter nochmaliger Befestigung seines Glaubens an dem Schutz Zoll, doch den Schutz Zoll als Wahlparole abzulehnen. Sogar ein halbwegs kräftig klingendes Wörtlein gegen die Herrenschicht der Ostelbier fand der nationalliberale Redner, und so konnte er denn seine Rede, die er unter dem Beifall der Konservativen begonnen, unter dem Beifall der bescheidenen Fortschrittler enden, die ihm wegen der halbwegs liberal klingenden Schlusswendung die eingeschlossene Absage an ihr eben nicht zweifelsreies Programm des allmählichen Abbaues der Schutzölle verziehen. — Daß der folgende Redner, der dank lokalem Ansehen in den Reichsländern gewählte reichsparteiliche Arzt Dr. Höpfel sich voll und ganz auf den Zollboden stellte, die Steuerungsdebatte über die Leutenot zeterte, ergab sich mit Notwendigkeit aus seiner Fraktionszugehörigkeit, wie es sich auch von selbst verstand, daß der Landwirtschaftsminister von Schorlemer die unverfälschte Verteilung verzapfte. Ein paar süddeutsche Agrarier, Woschraichheim und Hilpert, äußerten sich etwas ungeschickter, aber sonst ebenso. Wirklich interessant dagegen war der vierte Süddeutsche, der an diesem Tage zu Worte kam. Es ist bekannt, daß der Bauerndoktor Heim seine Eigenart in seiner Partei zu behaupten weiß und es ist ebenso bekannt, daß er über eine gute Dosis urwüchsigen und herzerquickenden Humors verfügt. Von beiden Eigenschaften machte er wieder einmal reichlichen Gebrauch. Insofern waren seine Ausführungen eine wahre Dase in der Dienstagswüste. Aber von großem praktischen Belang waren sie nicht. Herr Heim ist Einspänner im Zentrum, einer der letzten Überbleibsel der besseren Tradition und einer kleinbäuerlich-demokratischen Vergangenheit. Nun behauptete er allerdings mehrfach, im Namen der Zentrumsmehrheit zu sprechen. Aber wenn die Zentrumsmehrheit Zugeständnisse in Sachen des argentinischen Fleisches und der Futtermittelzölle machen zu wollen scheint, so verlieren diese, von der sehr diskutablen Frage der Ernsthaftigkeit einmal abgesehen, dadurch allen praktischen Wert, daß die Regierung von ihnen nichts wissen will. Bildete doch den Schluß der Dienstagssitzung eine starrköpfige Erklärung des Reichschaffsekretärs Wermuth gegen die Milderung der Futtermittelzölle.

Am Mittwoch wurde die große Steuerungsdebatte fortgesetzt. Als zweiter Redner der Konservativen, die bekanntlich zuerst ihren Renommierbauern Niederlöhner vorgeschickt hatten, sprach der Büchergraf Kanitz, dessen Rede von fleißiger Lektüre der „Sozialistischen Monatshefte“ zeugte. Mit der Kanzlerparole vom Montag ist der Agrarierhaupteinstimmig natürlich sehr zufrieden. Nicht so zufrieden wie mit ihrem Instrument Bethmann sind die Sunker mit den Nationalliberalen. Mit ihnen verfuhr Graf Kanitz nach der Melodie: „Haust du meinen Suden, hau ich deinen Suden“ und stellte für jede Abbröckelung an den Agrarzöllen Revanche an den Industriezöllen in Aussicht. Seinem schwarzen Blockbruder Heim rebete Graf Kanitz väterlich zu und lud ihn ein, auf einem Frühlingsbesuch in Schloß Pobangen (dessen Strohdach ja inzwischen wohl gestürzt ist) seine nach gräßlicher Behauptung mangelhaften Kenntnisse des Ostens zu ergänzen. Mit einem in ein Kanzlerzitat auslaufenden Hymnus auf die Schutzöllepolitik schloß der Schloßherr von Pobangen seine Ausführungen. Für die nächsten zwei Stunden gehörte die Redevertikale dem Vizekanzler Delbrück, dessen Vere-

fankeit ebenso wenig feuergefährlich ist, wie die seines hohen Vorgesetzten Bethmann-Hollweg. Der größte Teil der Delbrückschen Ausführungen bestand aus Tabellenreihen, die die Vorzüglichkeit des Schutzollsystems beweisen sollen. Am vorigen Tage hatte Herr Wermuth die von Heim in Vorschlag gebrachte zeitweise Suspension oder Rückvergütung der Futtermittelzölle schroff abgelehnt. Herr Delbrück ergänzte diese Ablehnung durch die Ablehnung eines anderen Heimischen Vorschlages, der, wenn auch verklaukulierten Zulassung argentinischen Fleisches. Nach einer belanglosen Bemerkung des Eisenbahnministers und nach Ablehnung eines Vertagungsantrags Bebel ergriff Genosse Südekum das Wort. In vorzüglichen Ausführungen charakterisierte er das gemeingefährliche Treiben der Agrarier und nannte die Willfährigkeit des obersten Reichsbeamten gegenüber den Wünschen der Sunkerequie beim rechten Namen. Die Charakterisierung Bethmann-Hollwegs traf so sehr ins Schwarze, daß Vizepräsident Dr. Schulz mit einer Rüge die Rechte beschwichtigte. Nachträglich wurde diese Rüge dann noch in einen Ordnungsruf verwandelt. Am Donnerstag wird die Besprechung fortgesetzt.

Politische Rundschau

Deutschland.

Der Termin der Reichstagswahlen.

Die Regierung hat den Termin der Reichstagswahlen nunmehr endgültig auf

Freitag, den 12. Januar 1912,

festgesetzt. Vorher hatte man den 15. oder 16. Januar in Aussicht genommen gehabt. Der Wahlkampf wird, da der Reichstag nicht vor Anfang Dezember geschlossen werden kann und die Weihnachtszeit dazwischen liegt, auf eine recht kurze Spanne Zeit zusammengedrängt.

Die „Nordd. Allg. Zeitung“ bringt die Ankündigung des Wahltermins in dieser Form:

„Als Tag der allgemeinen Wahlen für den Reichstag ist, wie wir erfahren, der 12. Januar 1912 in Aussicht genommen. Da dieser Tag in die Legislaturperiode des gegenwärtigen Reichstages fällt, wird zuvor dessen Auflösung zu erfolgen haben; der Termin hierfür steht noch nicht fest, dürfte vielmehr im wesentlichen von dem Fortgange der parlamentarischen Arbeiten bedingt sein.“

Setzt kann und muß die Arbeit unserer Genossen und Genossinnen beginnen! Also drauf und dran!

Der Reichstag,

dessen definitives Sterbefürsorgeleib nun endlich einigermaßen sicher fixiert worden ist, unterbrach am Mittwoch zunächst einmal die Steuerungsdebatte durch eine Diskussion über koloniale Rechnungssachen. Wieder mußte unser Fraktionsredner Noske eine Fülle von Schlampereien, Ungenauigkeiten und bürokratischen Eigenhaftigkeiten monieren. Selbst der nationalliberale Herr Goerke mußte sich in den meisten Punkten der Kritik anschließen und Erzberger unterbrach das Einerlei seiner gouvemenentalen Haltung, zu der er seit der Geburt des schwarzen Blocks verurteilt ist, durch ein paar sich kräftig anhörende Oppositionstöne. Die Verteidigungsrede, die Dernburgs Nachfolger Lindequist und ein Kommissarius des Herrn von Tirpitz hielten, waren außerordentlich schwach. In der Rechnungskommission wird man sich weiter über diese etatrechtlich sicherlich nicht unbedeutenden Fragen unterhalten.

Bethmann-Hollwegs Steuerungsrede

findet nirgend Anklang, nicht einmal rückhaltlos bei den Agrariern, deren Liebe er sich mit seiner Bräskierung der Hungernenden erwerben wollte. Die liberale Presse findet recht kräftige Worte der Kritik.

Die „Rölnische Zeitung“ schreibt: Die Rede des Reichskanzlers hat Klarheit geschaffen. Man weiß es jetzt, der Kanzler ist bereit, mit den Konservativen durchzuhalten. Er hat ihr System, jede Forderung, die das großagrarische Portemonnaie berührt, als nationale Gefahr zu brandmarken, übernommen, und damit für den schwarzen Block eine Wahlparole ausgegeben, die die Form des Wahlkampfes nicht veredeln, aber doch keinen Menschen mehr täuschen wird. In diesem Zeichen wird der schwarze Block nicht siegen. Der Wahlkampf ist offiziell eröffnet.

Die „Nationalzeitung“ bemerkt:

„Geschick ist es von Herrn v. Bethmann-Hollweg wahrlich nicht, daß er, statt sofort zu erklären, was die Regierung zu tun gewillt ist, seine Rede mit einer Politik gegen die Forderungen der Sozialdemokratie beginnt.“

Diese schroffe Negation der Aufhebung der Zölle fordert die Linke zu stürmischen Zwischenrufen heraus, gegen die sich der Reichskanzler mit nicht sehr glücklichen Argumenten wendet. . . Weiter bestreitet Herr v. Bethmann-Hollweg, daß die Aufhebung der Einfuhrzölle einen günstigen Einfluß auf die Lage haben würde. Diese Verteidigung eines Systems, dessen Verderblichkeit längst überzeugend dargelegt ist, ruft auf der Rechten natürlich laute Zustimmung hervor, — das deutsche Volk muß sie peimlich berühren. Nur die recht bescheidenen Wünsche des Zentrums nach Abänderungen des Getreideeinfuhrzölsystems findet der Reichskanzler „akzeptabel“, obwohl er — diesmal wohl auch mit Recht — von ihrer Wirksamkeit nicht überzeugt ist. . . Der Kanzler des Deutschen Reiches hat gesprochen, und — alles bleibt beim alten. Die Steuerungsfrage ist nicht nur nicht gelöst worden, es ist nicht einmal der Versuch gemacht worden, sie zu lösen, und Herrn v. Bethmann-Hollwegs Ausführungen sind noch dürftiger ausgefallen, als man ohnehin schon befürchten mußte.“

Wenn die nationalliberale Presse diese Töne anschlägt, braucht kaum erwähnt zu werden, daß man weiter nach links noch ganz anders mit des Reiches Kanzler von Sunkers Gnaden Fraktur spricht.

Aber auch seine Auftraggeber sind nicht mit ihm zufrieden. Die „Post“ trauert angesichts der Bethmannschen Leistung um einen Bismarck, der ganz anders plastische Bilder von den landwirtschaftlichen Verhältnissen zu formen vermocht habe.

„Durch Herrn v. Bethmann-Hollwegs Rede dagegen zieht sich wieder wie ein roter Faden jener professorale, rein doktrinaire Zug, der seinem ganzen Wesen und Auftreten eigen ist. Und schließlich unterließ ihm, der kein glänzender Debatter ist, denn auch eine kleine Entgleisung, die wir von einem deutschen Reichskanzler lieber nicht vernommen hätten. Das war, als er seinen Appell an die Landwirtschaft richtete, sich der Pflichten gegen die Allgemeinheit bewußt zu sein, und als ihn hierbei ein sozialdemokratischer Zwischenruf unterbrach, da verstand er sich zu dem besser unterbliebenen Wort: „Meine Herren, ich spreche ja ganz in Ihrem Sinne!“ . . . Seiner rednerischen Veranlagung nach würde er deshalb zweifellos besser tun, sich durch gegnerische Einwände und Zwischenrufe nicht auf einen Boden locken zu lassen, auf dem nur ganz gewandte Debatter keine Gefahr laufen, zu straucheln und mit einer Entgleisung den Eindruck der Rede zu mindern.“

Schlechter Dank! Und selbst die „Deutsche Tageszeitung“ kommt mit einem gelinde drohenden Aber:

„Was die Ansichten und Absichten des Herrn Reichskanzlers bezüglich der Abstellung der durch die Dürre des letzten Sommers verursachten Schwierigkeiten anbelangt, so wollen wir daran heute keine Kritik üben. Wir werden im Zusammenhang mit dem weiteren Verlaufe der Debatte darauf zu sprechen kommen.“

Im allgemeinen aber findet das agrarische Blatt es „erfreulich“, daß nach einer längeren Schweigeperiode von dem Vertreter der Verbündeten Regierungen ein umfassendes Bekenntnis zu der altbewährten, vom Fürsten Bismarck inaugurierten Wirtschaftspolitik erfolgt ist.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ hofft, daß dieses Bekenntnis zur Wahl- und Sammelparole der bürgerlichen Parteien werden wird. Und die großindustrielle „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ akzeptiert den „Kampf für die gegenwärtige Zoll- und Wirtschaftspolitik“ als brauchbares Wahlinstrument. Wenn es dabei bleibt, wird es also den Wählern umso leichter gemacht, nicht nur zur gegenwärtigen Steuerungsdebatte, sondern zu der Politik überhaupt Stellung zu nehmen, die das Volk in das Elend gestürzt hat und die Hungersnot verewigen will.

Das Hilfskassengesetz in der Kommission.

In der Sitzung am Dienstag wurde die erste Beratung des Hilfskassengesetzes zu Ende geführt. Nach einem Antrag des Grafen v. Westarp wurden gewisse allgemeine Bestimmungen des Gesetzes über den Versicherungsvertrag auf die jetzigen Hilfskassen ausgedehnt. Dann entspann sich eine sehr ausgedehnte Debatte über die Auslegung des Absatz 2 des § 1 des Versicherungsaufsichtsgesetzes. Nach dieser Bestimmung unterstehen solche Versicherungsgesellschaften nicht der Aufsicht des Aufsichtsamtes, welche den Versicherten keinen Rechtsanspruch auf die Leistungen der Versicherung gewähren. Das Bestreben der Kommission ging dahin, die Versicherungseinrichtungen der Gewerkschaften so sicher zu stellen, daß nach der angeführten Bestimmung die Aufsicht des Aufsichtsamtes bei ihnen ausgeschlossen ist. Gegenwärtig ist die Rechtsprechung auch in diesem Sinne gehalten. Die Sozialdemokraten hatten aber die Befürchtung ausgesprochen, daß eine Änderung in der Gesetzgebung ein-

treten könnte. Um diese zu verhindern, hatten die Sozialdemokraten einen Antrag gestellt, daß als Versicherungsunternehmungen im Sinne des Versicherungsaufsichtsgesetzes Berufsvereine, Gewerkschaften, Gewerksvereine, Gesellenvereine und ähnliche Personenvereinigungen nicht anzusehen sind, die ihren Mitgliedern gegen Zahlung von Beiträgen Zuschüsse zu den gesetzlichen Krankengeldern und Invalidenrenten oder Witwen- und Waisenunterstützungen oder Sterbegelder usw. gewähren, sofern die Rechtsverhältnisse für die Mitglieder untereinander sich lediglich nach den Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches über den Gesellschaftsvertrag bestimmen. Das Zentrum hatte anerkannt, daß eine Sicherung der Gewerkschaften gegen die Unterstellung unter die Aufsicht des Aufsichtsamtes notwendig sei. Der sozialdemokratische Antrag ging ihnen aber zu weit und deshalb brachten sie einen neuen Antrag ein, der im wesentlichen die Bestimmung des § 1 Absatz 2 des Versicherungsaufsichtsgesetzes wiedergibt und etwas genauer faßt. Aus der Debatte ersehen sie aber, daß auch ihr Antrag nicht unbedingte Sicherheit gewährt, sie begnügten sich damit, daß sowohl von den Regierungsvertretern als auch von sämtlichen Mitgliedern der Kommission ausdrücklich das Einverständnis mit der jetzigen Auslegung des § 1 Absatz 2 des Versicherungsaufsichtsgesetzes erklärt wurde und zogen ihren Antrag wieder zurück. Der sozialdemokratische Antrag wurde von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt. Schließlich brachten die Zentrumsabgeordneten die Beschwerde vor, daß einzelne freie Hilfskassen mit dem Plane umgehen, sich aufzulösen und ihre Mittel an die freien Gewerkschaften abzugeben. Um dieses zu verhindern, stellten sie folgenden Antrag: Die hier in Betracht kommenden Versicherungsunternehmungen haben bei Vereinigung mit anderen Versicherungsunternehmungen auf Antrag den Mitgliedern ihren Vermögensanteil nach der Höhe der insgesamt gezahlten Beiträge auszuscheiden. Dieser Antrag kann auch innerhalb eines Monats nach der Vereinigung oder nach dem Tode, an dem die Mitteilung über die erfolgte Vereinigung jagungsgemäß den Mitgliedern zur Kenntnis gebracht ist, gestellt werden. Bei Auflösung ist nach Berücksichtigung der Verbindlichkeiten das verbleibende Vermögen des Vereins an die zur Zeit der Auflösung vorhanden gewesenen Mitglieder nach der Höhe der insgesamt gezahlten Beiträge zu verteilen. Die Satzung kann bestimmen, daß das verbleibende Vermögen einem oder mehreren reichsgerichtlichen Versicherungspflegern oder einer öffentlichen Körperschaft für die Zwecke der Armen-, Kranken- oder Genußlosenpflege zu überweisen ist. Die Sozialdemokraten wiesen nach, daß mit der Bestimmung über die Vereinigung mit anderen Versicherungsunternehmungen die alten Kassenmitglieder aufs schwerste geschädigt werden, weil sie, wenn ihre bisherige Kasse nicht mehr leistungsfähig wird, von keiner anderen Kasse übernommen werden, und daß bei Auflösung einer Kasse die Verteilung des Vermögens nach der Höhe der Beiträge in vielen Fällen ungerecht sein wird. Die Verteidiger des Antrages konnten diese Einwendungen nicht widerlegen, erklärten sich aber auch für unfähig, den Antrag so zu gestalten, daß er den von ihnen beabsichtigten Zweck erreicht, ohne die alten Mitglieder zu schädigen. Der Antrag wurde darauf, trotz seiner schweren Mängel, von dem Zentrum, den Konservativen, den Antimilitaristen und einem Teil der Nationalliberalen angenommen.

Reichstags-Dispositionen.

Die Dispositionen über die Geschäfte des Reichstages wurden am Mittwoch im Senatskonvent in folgender Weise getroffen: Der Präsident äußerte den Wunsch, den Reichstag auf zirka zehn Tage zu vertagen, damit in zwischen die Kommissionen arbeiten können. Man stimmte im allgemeinen zu; die Debatte über die Feuerungsinterpellationen werde voraussichtlich bis Donnerstag zu Ende gehen. Am Freitag soll dann die Interpellation über die Maul- und Klauenseuche zur Beratung kommen. Dann tritt die Vertagung bis 7. November ein. Der Präsident gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Abmachungen über den Marokkovertrag dann perfekt sein werden und daß dann nach der Vertagung sofort über die auswärtigen Angelegenheiten resp. über die Interpellation über Marokko und die auswärtige Lage die Verhandlungen beginnen können. Am 7. November will der Präsident die Vorlage über die Ausgabe kleiner Aktien, ferner den Handelsvertrag mit Japan, den Auslieferungsvertrag mit Großbritannien und eventuell Rechnungssachen auf die Tagesordnung setzen. Dann wird am 8. und 9. November die Beratung über die Marokko-interpellation und die auswärtige Lage stattfinden. Am 10. und 11. November soll der Gesetzentwurf über die Schiffsfahrtsabgaben zur Beratung kommen; am 13., 14. und 15. November wird auf die Tagesordnung gesetzt: Gewerbeordnung (§ 114 a), Hilfskassengesetz, Rechnungssachen. Am 16., 17. und 18. November soll dann die dritte Beratung dieser Vorlagen erfolgen. Außerdem soll die dritte Beratung der Straßburger Novelle (Luz Wagner) vollendet werden, eventuell das Arbeitskammergesetz zur Beratung kommen, wenn es in der Kommission so weit fertig gestellt ist. Der 20. und 21. November wird wegen des Bußtages sittingsfrei sein. Am 23. November soll dann die zweite Lesung des Privatbeamtenversicherungsgesetzes stattfinden, und dann im übrigen die kleinen Gesetze bis Ende November fertigberaten werden. Von nationalliberaler Seite wurde angeregt, ob nicht eine gemeinsame Aktion der Parteien vor Abschluß des Marokkovertrages seitens der Parteien im Reichstag zu unternehmen sei, damit der Reichstag nicht vor ein fact accompli gestellt werde. Von verschiedenen Seiten, speziell den Konservativen und der Zentrumsparlei wird dagegen eingewendet, daß ohne Beratung der Fraktionen eine solche Vereinbarung nicht zu schaffen sei. Außerdem würden Zweifel an dem praktischen Ausgang dieser Sache ausgesprochen. Da es zu keiner Verständigung über eine gemeinsame Aktion kommen konnte, blieb die Anregung auf sich beruhen.

Wahlvorbereitungen.

Die Aufstellung des Oberbürgermeisters Dr. Müllerberger von Splingen als Kandidat der Nationalliberalen für den 1. württembergischen Wahlkreis ist aus-

schließlich erfolgt. Die Fortschrittliche Volkspartei hat auf Grund des mit den Nationalliberalen für ganz Württemberg getroffenen Abkommens ihre Unterstützung für diese Kandidatur zugesagt. Die Konservativen, auf deren Unterstützung die Nationalliberalen gleichfalls rechnen, lassen die letzteren vorläufig noch zappeln, werden sich aber schließlich erweichen lassen. Das Zentrum dagegen, das 2000 bis 3000 Stimmen zu vergeben hat, wird wahrscheinlich einen eigenen Kandidaten aufstellen. — Nachdem Graf Zepelin den Liberalen im Wahlkreis Ulm einen Korb gegeben hat, sind die Einigungsverhandlungen zwischen Volkspartei und Nationalliberalen in diesem Wahlkreis wieder auf den toten Punkt angelangt. Es spricht aber alles dafür, daß auch hier noch eine liberale Einigungskandidatur zustande kommen wird. — Für die Landtagswahl im württembergischen Ober-Alturaich haben unsere Parteigenossen den Arbeitersekretär, Genossen Fette-Stuttgart, die Volkspartei den ehemaligen Landtagsabgeordneten Fabrikanten Hennig als Kandidaten aufgestellt.

Die Geher sind noch immer an der Arbeit.

Der Vorstand der Abteilung Berlin der deutschen Kolonialgesellschaft ist mit der Marokkofrage, wie sie zurzeit offen liegt, nicht zufrieden, und er hat daher eine Kundgebung beschloffen, in der u. a. gesagt wird: „Es entspricht weder der Würde noch den Interessen des Deutschen Reiches, die durch die Agcirasakte in Marokko geschaffene politische und wirtschaftliche Stellung ohne zwingenden Grund aufzugeben. Wir laufen die Gefahr, unser bisheriges Ansehen bei der vommediterranischen Welt zu verschmerzen, was sich auf wirtschaftlichem Gebiet schwer fühlbar machen wird. Wir müssen das Verlangen stellen, daß in Marokko ein Zustand bleibt, der es unserem Handel, unserer Industrie und unserer Landwirtschaft gestattet, sich in ganz Marokko frei und unabhängig von der Geltendmachung der bekannten kolonialistischen Tendenzen Frankreichs zu entwickeln. Entschieden zurückzuweisen ist eine Entgegennahme einer Gebietsabtretung, die unrentabel ist und finanzielle Lasten im Gefolge haben würde. Als eine unerhörte Zumutung an das deutsche Volk muß der von französischen Blättern verbreitete Gedanke zurückgewiesen werden, daß Deutschland sich aus seiner wichtigen Stellung in Marokko zurückzieht, für Fesseln unbrauchbaren Landes Millionen an französische Ausbeutungsgesellschaften zahlt und obendrein Togo oder Nordkamerun an Frankreich abtritt.“ Kapitalistische Privatinteressen vertritt bekanntlich die Kolonialgesellschaft. Danach ist auch diese Kundgebung zu beurteilen.

Ein Wahlabkommen gegen die Polen.

Zwischen den konservativen Parteien, den Nationalliberalen und Fortschrittlichen in der Provinz Posen ist für die kommenden Reichstagswahlen folgende Vereinbarung getroffen worden:

„Die Provinzialvorstände der vereinigten Konservativen, der Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen Partei schließen für die nächsten Reichs- und Landtagswahlen einschließlich einer Neuwahl im Falle der Auflösung des Reichstages folgendes Wahlabkommen:

a. Die Parteien sichern sich mit nachfolgenden Ausnahmen ihren bisherigen Besitzstand und legen sich bei der Unterstützung ihrer Kandidaten gegenseitig Wahlhilfe zu.

b. Die Aufstellung des Kandidaten im Reichstagswahlkreis Wirß-Schubin wird der nationalliberalen Partei überlassen. Über die Person des Kandidaten findet eine Verständigung zwischen der Nationalliberalen und der Konservativen Partei im Wahlkreis statt.

c. Für den Fall, daß die nationalliberale Partei den Wahlkreis Wirß-Schubin bei der nächsten Reichstagswahl nicht erobert oder auf die Aufstellung des Kandidaten in diesem Wahlkreis für die nächste Reichstagswahl bis zum 3. November 1911 verzichtet, wird ihr von den vereinigten Konservativen und der Fortschrittlichen Volkspartei je ein bisher in deren Besitz befindliches Landtagsmandat, und zwar in einem diesem Wahlabkommen unterliegenden Wahlkreis, überlassen. Der nationalliberalen Partei werden spätestens bis zum 1. Oktober 1912 die zu überlassenden Mandate bezeichnet.

d. Ausgeschlossen von diesem Wahlabkommen werden 1. der Reichs- und Landtagswahlkreis Kolmar, Czarnikau, Filehne, 2. der Reichstagswahlkreis Fraustadt-Pissa, in welchem sich die vereinigten Konservativen und die Nationalliberalen an das getroffene Sonderabkommen gebunden halten, 3. der Landtagswahlkreis Hohenstaub-Schubin-Strelino, in welche eine Regelung durch besonderes Wahlkreisabkommen erfolgt. Der Reichs- und Landtagswahlkreis Kolmar-Czarnikau, Filehne ist deshalb nicht in das Abkommen eingeschlossen worden, weil dort der Sieg eines polnischen Kandidaten ausgeschlossen erscheint.“

Wie das Zentrum Wahlagitator treibt.

Die Zentrumsblätter haben den für das Zentrum so bedenklichen Ausgang der Wahl in Konstanz-Weberlingen damit beschönigen wollen, daß sie von der jähpeltigen Agitation der Gegner des Zentrums redeten. Wie wenig Skrupel aber das Zentrum im Wahlkampf hatte, zeigt der Wortlaut eines Flugblattes, den der Stuttgarter „Beobachter“ wiedergibt:

„Schöne Bilder! Saal der zweiten badischen Kammer: Sozialist Adolf Geck, gewählt von den Nationalliberalen, steht auf dem Präsidentenplatz. Es kommen die Minister des Großherzogs rechts zur Tür herein und müssen sich vor dem Führer der Revolutionspartei tief verbeugen.“

Ein zweites Bild! Saal der zweiten badischen Kammer: Der Sozialist Geiß ist von den Nationalliberalen zum ersten Vizepräsidenten gewählt. Minister von und zu Bodmann schreitet durch den Saal und schüttelt dem Vertreter der Umsturzpartei die Rechte und gratuliert ihm zur Wahl!

Drittes Bild! Wieder ein Sitzungssaal eines Parlaments! Ein Sozialist hält eine wütende Brandrede. Auf der Tribüne tritt ein Sozialist an die Brustung, zieht den Revolver und fünf Kugeln fliegen zur Ministerbank. Eine großartige Bewegung.

Wähler! Es ist Zeit. Auf gegen die Verfozung unserer Heimat! Nieder mit der Revolutionspartei! Nieder mit den Hyrigen der Revolutionspartei! Einen Denkkettel ihren Protektoren!

Wir wollen kein zweites 1849. Darum ein Rippplakzettel!

Diese demagogische Art der Wahlmache hat ja den erhofften Erfolg verfehlt, obwohl die Bevölkerung des Wahlkreises zu neun Zehnteln katholisch ist.

Die Deutschen aus Agadir vertrieben!

Unter dieser alarmierenden Spitzmarke verbreitet die „Post“ die nachstehende Meldung der von den Marokko-Interessenten ausgehaltenen „Deutschen Marokko-Zeitung“: „Die französische Flagge in Agadir ist am 8. Oktober eingezogen worden, nachdem sie fast 14 Tage gehesht hatte. Der beabsichtigte Zweck ist vollkommen erreicht, da die deutsche Kolonie zum Zeichen des Protestes und, weil die Vertretung ihrer Interessen gegenüber dem anwachsenden und hegerischen Auftreten der Franzosen mangelhaft war, Agadir bereits vorher verlassen hatte. Damit dürfte die deutsche Rolle in Sus endgültig ausgespielt und die wirtschaftlichen Interessen daselbst, zu deren Schutz der Kreuzer entsandt wurde, geopfert sein. Die immer zahlreicher nach Agadir strömenden Franzosen ernten die Früchte der deutschen Vorarbeit.“

In Agadir hielten sich fünf Deutsche auf, drei waren Agenten der Gebrüder Mannesmann und die anderen zwei waren Agenten der Konkurrenzgesellschaft, an der die Firma Krupp beteiligt ist. Diese Herren hatten momentan nichts zu tun und sind daher abgereist. Daraus macht die von den Marokko-Interessenten bezahlte Presse eine Vertreibung der Deutschen!

Das Marokko-Abkommen.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ verbreitet folgende offenbar offiziöse Note: „Aus dem Umstande, daß die deutsche und die französische Regierung, wie wir hören, den Mächten Mitteilungen über den ersten Teil des Marokkovertrages gemacht und bei dieser Gelegenheit auf den günstigen Stand der Kompensationsverhandlungen hingewiesen haben, darf gefolgert werden, daß der Abschluß des deutsch-französischen Vertrages in kurzem bevorsteht. Man rechnet in unterrichteten Kreisen, daß er bereits in den nächsten Tagen, jedenfalls aber noch vor dem 1. November erfolgen wird.“

Reichsländischer Block gegen das Zentrum.

Zwischen Sozialdemokraten, Nationalliberalen und Demokraten ist für den zweiten Wahlgang bei den eschloßingischen Landtagswahlen ein Bündnis zur Verhinderung einer absoluten Zentrumsmehrheit abgeschlossen worden. Auf Grund dieses Abkommens ziehen die Sozialdemokraten ihre Kandidaturen in 17 Wahlkreisen zurück und unterstützen in 15 die liberal-demokratischen. Die Liberalen und Demokraten ziehen in sieben Wahlkreisen ihre Kandidaturen zurück und unterstützen in acht die sozialdemokratischen. In der Stadt Straßburg wurden zwei den Sozialdemokraten eingeräumt. Von sonstigen größeren Wahlkreisen kommen für die Sozialdemokraten vor allem Kolmar-Stadt und Mühlhausen-Land (gegen Martin Spahn) in Betracht. Aus Zentrumskreisen sind der Sozialdemokratie Anträge über Abschluß von Wahlbündnissen zugegangen, aber abgelehnt worden.

China.

Die Revolution nimmt weitere Ausdehnung an. Aus verschiedenen Gegenden, auch aus der Provinz, werden Erfolge der Revolutionäre gemeldet. Wie von Peking aus bestätigt wird, befinden sich jetzt die Hauptstädte von sechs der volkreichsten und wichtigsten Provinzen in den Händen der Rebellen, nämlich Sianfu in der Provinz Schensi, Raifong in Honan, Wutschang in Hupeh, Tschangsha in Hunan, Nantschang in Kiangsi und Tchengtu in Szechwan. Der Vizekönig der Kwang-Provinzen telegraphierte nach Peking, daß er sich auf die kaiserlichen Truppen nicht mehr verlassen könne und keine Munition für die alten provinzialen Bataillone habe. Er empfiehlt, die Forderungen der Rebellen zu erfüllen und alle Mandshaus ihrer Ämter zu entheben, da sonst der ganze Süden abfallen werde.

Aus Lübeck und Nahbargebieten.

Donnerstag, den 26. Oktober.

Die Feuerungsdebatte in der Lübecker Bürgerschaft im Spiegel der bürgerlichen Presse. Genau so schätzig, wie das Verhalten der einflussreichen Bürgerschaftsmitglieder gegenüber dem sozialdemokratischen Antrag auf Einführung der Feuerung ist durchweg die Stellungnahme der bürgerlichen Presse zu dieser Sache. Vom Amtsblatt war allerdings nichts anderes zu erwarten; es schreibt: „Schon gleich am Eingang seiner Ausführungen suchte Herr Stellung Gelegenheit, auf den Inhalt eines am Sonntag tag bei uns erschienenen Artikels über die Lebensmittelpreise in Lübeck einzugehen. Wir hatten in diesem Artikel zum Ausdruck gebracht, daß man zurzeit in Lübeck nur von einer teilweisen Lebensmittelverteuerung reden könne und daß hinter dem sozialdemokratischen Antrage ganz besonders viel künstliche Aufbauschung stecke. Diese Behauptungen mußten Herrn Stellung natürlich sehr unbedquem kommen, da er ihre volle Gültigkeit trotz seines großen Zahlenapparates nicht widerlegen konnte. Er hat sich denn auch im späteren Verlaufe der Debatte vielleicht mehr gemaufert, als im Interesse der Aufrechterhaltung seines Antrages lag. Schließlich sprach er selbst nur noch von einer teilweisen Lebensmittelverteuerung, und das Schreckgespenst der Feuerungsnot wurde immer kleiner, nachdem von sachverständiger Seite manche wertvollen Gegenargumente, namentlich hinsichtlich der Lübecker Fleisch-, Gemüse- und Kartoffelpreise, vorgebracht wurden. Eine völlige Klärung der Feuerungsverhältnisse in Lübeck hat natürlich die gestrige Debatte nicht bringen können. Die genauere Untersuchung des Statistischen Amtes, das hierzu inwischen durch den Senat beauftragt ist, wird sich bald dazu

zu äußern haben, ob und in welchem Umfange von einer Not hier bereits geredet werden darf. Da inzwischen durch den Antrag Pape der Stellingsche Antrag überholt war, wie Herr Klein sehr richtig hervorhob, so wäre das natürlichste eigentlich für Herrn Stellings eine Zurückziehen seines Antrages gewesen. Das geschah aber nicht, und aus diesem Grunde mußte er denn schließlich auch erleben, daß er bei der Abstimmung nur die Unterstützung seiner Partei fand.

Das nationalliberale Amtsblatt sucht also seine Aufgabe darin, die Leuerung und die dadurch hervorgerufene Not ganz oder teilweise zu bestreiten. Die Leuerungsverhältnisse sind noch nicht völlig geklärt, deshalb müßte es anscheinend auch keinerlei Maßnahmen zur Vinderung der Not. Der „General-Anzeiger“, das Blatt der politischen Öffentlichkeit, äußert sich folgendermaßen:

Die Szene ward aber zum Tribunal, als der Initiativantrag Löwigt über Maßregeln zur Vinderung der Leuerung zur Beratung gelangte. Aus dem engen Kreise eines Stadtparlamentes stieg man zu der Höhe einer Abgeordnetenkammer auf und machte in hoher Politik, in Zollpolitik, freilich, auf sonderlich hohem Niveau bewegte die Debatte sich auch hier nicht, obschon sie etwa 1 1/2 Stunden in Anspruch nahm. Dem Antrage, hinter dem die sozialdemokratische Fraktion stand, war durch den bezüglichen Beschluß des Bürgerausschusses der Wind aus den Segeln genommen. W. M. August Pape war seinem Kollegen Löwigt zuvorgekommen, und er hatte seinen Antrag vom taktischen Standpunkt aus auch geschickter gefaßt, indem er nicht ins Spezielle ging, sondern allgemein von geeigneten Maßregeln zur Vinderung der Leuerung sprach, während der Antrag Löwigt bestimmte Forderungen aufstellte. Durch den Antrag W. Pape, den der Bürgerausschuß bekanntlich mit großer Mehrheit angenommen hat, erübrigte sich also der Antrag Löwigt; denn wenn der Senat auf einen derartigen Antrag überhaupt reagiert, so ist doch selbstverständlich, daß er im Bundesrat geeignete und durchführbare Anträge unterstellen lassen wird. Der Senat hat übrigens, wie der ständige Senatskommissar Senator Dr. Fehling mitteilte, schon vor einigen Wochen dem Vertreter Lübeck's eine bezügliche Anweisung gegeben. Diese Erklärung war das einzige positive Ergebnis der ganzen Leuerungsdebatte und kein geringes. Man darf aus der Instruktion, die unser Vertreter beim Bundesrat erhalten hat, also schließen, daß der Bundesrat der Leuerungsfrage schon näher getreten ist oder ihr doch demnächst näher treten will; welchen Zweck hätten sonst die Instruktionen? Und der vom Bürgerausschuß angenommene Antrag August Pape wird dem Senat beziehungsweise unserem diplomatischen Vertreter in Berlin eine gewisse Rückenstärkung sein.

Viele Worte und nichts dahinter. Das kommt denen erst recht zum Bewußtsein, die wissen, daß sowohl der Redakteur des „General-Anzeigers“ als auch dessen Verleger gegen den sozialdemokratischen Antrag gestimmt haben. Die Herren, die sonst gelegentlich auch in Arbeiterfreundlichkeit machen, wollen eben von wirksamen Maßnahmen gegen Leuerung und Not nichts wissen.

Das freisinnige „Lübecker Tageblatt“ sucht in versteckter Form den sozialdemokratischen Antrag als Wahim an den über hinzustellen. Jene gewisse Beweise für diese Annahme hat das Blatt natürlich nicht; aber es paßt gut in den Rahmen freisinniger Methoden, dem Gegner Motive zu unterstellen, die dazu dienen könnten eine an sich gute Sache in einem weniger günstigen Lichte erscheinen zu lassen. War es am Ende auch ein Wahimander, als Herr Pape seinen Antrag im Bürgerausschuß stellte, nachdem der Wortführer bereits im Besitze des sozialdemokratischen Antrages war, wie das „Lübecker Tageblatt“ ganz genau wußte?

Die „Eisenbahn-Zeitung“ schlägt diesmal ausnahmsweise gelegentlich leise liberale Töne an; sie sagt:

Es ist wahr: Eine Hungernot, wie sie die indischen und chinesischen Kulis zu Hunderttausenden hinterden läßt, haben wir glücklicherweise nicht. Wir haben auch augenblicklich keine so teure Zeit, wie sie der Obermeister der Lübecker Schlachterinnung einst erleben konnte, als das Acht-Pfünder-Brot in Lübeck vierzehn Schillinge kostete. Aber es ist doch nicht zu leugnen, daß eine der sieben mageren Kühe Bharas aus dem Nil aufgestiegen ist. Und daß es gilt, dies abgekehrte Tier ein wenig herauszufüttern, wird man auch nicht wegdiskutieren wollen. Im Bürgerausschuß hat man in der Annahme des Antrages Pape einen Ausweg zu finden gemeint, um noch mehr zur Vinderung der Leuerung zu tun. Den Sozialdemokraten Stellung und Genossen genügt es nicht, und sie hatten schon vorher — dem Senat durch sehr weitgehende Anträge den richtigen Weg weisen wollen, wie man einer zu erwartenden starken Zunahme der Leuerung begegnen sollte. Die Anträge sind natürlich so exorbitant, daß die äußerste Linke wohl selbst nicht recht geglaubt hat, daß der Senat, der über die Stimmung in der Reichsregierung durch seinen Gesandten natürlich stets auf dem laufenden gehalten ist, rechtlich sich mit der offerierten Materie beschäftigen würde. Durch die gestrige klipp und klare Erklärung des Reichskanzlers ist aber eigentlich auch der Antrag Pape ein ausgeblasenes Ei, dessen Schale man nunmehr ruhig zertrümmern kann: Die Reichsregierung denkt nicht an die Aufhebung der Vieh- und Fleischfuhrverbote und sie wird sich auch durch die Vorstellungen des Hanseatischen Gesandten — wenn diesem wirklich der Auftrag werden sollte — kaum beeinflussen lassen. Damit müßte man sich jetzt abfinden. So geht es nicht. Also versuche man es, wie es Herr von Bethmann und Herr Stellings vorschlagen, mit kommunaler Fürsorge, oder noch besser mit den großen „Ergänzungen“ der Privatunternehmungen, z. B. der Konsumvereine usw. Vielleicht drückt man die Preise bereits durch die pure Anzeige, daß man sich in dieser Richtung betätigen will. Aber auch diesen letzteren Vorschlägen hatte die Bürgerschaft gestern Abend wenig Gehör zu spenden können. Sie lehnte sie ab. Warum? — Herr Klein gab die Antwort: Der Sozialdemokrat dient die Anträge nur zu agitatorischen Zwecken, genau so wie neulich die Wahlrechts-Anträge. Ob man das von den ersten genannten Anträgen so schlanke Weg behaupten kann? — Wir sind entschiedene Gegner der Sozialdemokratie. Aber ihr einfach bei derartigen ersten wirtschaftlichen Fragen die bona fides in eine mala fides untkempeln zu wollen, geht denn doch nicht an. Gewiß, die Sozialdemokratie hat oft genug bewiesen, daß sie in ihrer Wirtschaftspolitik stupplos agitatorische Ziele verfolgt. Man könnte vielleicht auch annehmen, daß sie jetzt nach dem Fiasko ihrer Verelendungstheorie nach neuen Methoden zu greifen sich bemüht. Aber hier ist ihr die mala fides einfach nicht bewiesen und zu beweisen; ebenso wenig sie im Reichstage dem Linksliberalismus, der ganz ähnliche Forderungen aufstellte, nachgewiesen werden kann. Und selbst wenn man diesen Beweis in Händen hätte — ist es politisch klug, ihn so ohne Pointen, den Gegnern vorzuhalten, wie es gestern Herr Klein tat? Wir fürchten fast, daß ein großer Teil des Publikums, das nun einmal die Preiserhöhungen vieler Lebensmittel am eigenen Leibe verspürt, die als agitatorische Wache bes-

zeitnete und deshalb mit einer eleganten Handbewegung abgelehnte Debatte über die Leuerung nicht so ohne weiteres gutheißen wird. Es geht ja nicht darum, jedem Mann in Deutschland einen Fasanhahn in den Topf zu zaubern!

Es ist eigentlich nicht notwendig, die von uns zitierten bürgerlichen Pressestimmen mit einem Kommentar zu versehen. Dem Schrei der Hungernden nach billigerer Nahrung tritt man mit Spott und Hohn entgegen. In der Spitze derjenigen, die den Forderungen der Sozialdemokraten nach Maßnahmen gegen die Leuerung entgegengetreten, steht der sich selbst als liberal bezeichnende Reichsverbandskandidat Klein, der sich solchweise den Dank der agrarischen Brot- und Lebensmittelvertreuer zu erwerben versucht. Und dieser ist ihm jetzt auch gemorden. Die Quittung über sein volksfeindliches Verhalten wird dem Herrn Klein am 12. Januar ausgestellt werden.

Die Lübecker Landwirtschafter und die kommende Reichstagswahl. Der Verein der Bewohner des Landgebietes beschäftigte sich, wie der „G.-A.“ berichtet, gestern mit der Reichstagswahl. Der Vorsitzende erklärt, daß die Landleute in der Hauptwahl einen Sonderkandidaten aufstellen wollen, daß sie aber im Falle einer Stichwahl zwischen Herrn Klein und dem Sozialdemokraten für Klein eintreten werden, wenn dieser den Landwirten über seine Stellungnahme zu wirtschaftspolitischen Fragen eine einigermaßen befriedigende Antwort gibt. Hauptmann v. Gutz hielt es für notwendig, hier eine Vereinigung der rechtsstehenden Reichstagswähler zu gründen, die künftig bei der Aufstellung des gemeinsamen bürgerlichen Kandidaten gehört werden muß. Er wird seinen ganz rechts stehenden Kandidaten fordern, aber einen streng national gesinnten, der auch die Garantie bietet, daß er an der bewährten deutschen Wirtschaftspolitik festhalten wird. Es soll in der nächsten Zeit eine Zusammenkunft aller rechtsstehenden Wähler stattfinden, in der die Kandidatenfrage geregelt werden soll. Zugleich wird aber auch gleich eine Organisation wegen der nächsten Reichstagswahl zu schaffen sein. Bei der evtl. Stichwahl werden die Landwirte, wenn auch schweren Herzens, für den liberalen Kandidaten eintreten. Herr Henk sprach sich ebenfalls für eine solche Stichwahlparole aus, da Herr Klein im Gegensaß zu dem Sozialdemokraten für manche Wünsche der Landwirte eine gerechte Beurteilung gewahrt hat. (Milchpreis.) Herr Klein hat nach Ansicht der landwirtschaftlichen Kreise erklärt, daß der höhere Milchpreis wegen der Maul- und Klauenseuche und der Dürre zu verteidigen ist. Herr Wildenstein empfahl, dann lieber gleich in der Hauptwahl für Herrn Klein einzutreten. (Widerpruch) — Diese Liebe der Landwirtschafter hat Klein gewiß verdient; wenn letztere aber, trotz seines heftigen Verbens um ihre Gunst, doch noch eine Sonderkandidatur aufstellen, so wird das den liberal-agrarischen Mann heftig schmerzen. Und darauf sollten die Agrarier doch einige Rücksicht nehmen. Sie finden schließlich in ihren eigenen Reihen niemand, der besser zur Wahrnehmung ihrer Interessen sich eignet, als Klein. Das hat er durch sein Verhalten anlässlich der Leuerungsdebatte sehr klar gezeigt. Auf die Stimmen der werktätigen Bevölkerung und wirklich liberalen Leute rechnet Herr Klein jedenfalls überhaupt nicht mehr.

Im Gehirn einer „praktischen Hausfrau“ geht es manchmal recht märchenhaft zu. In einer auch in Arbeiterkreisen gesehener Modenschicht „Die praktische Berlinerin“ gibt eine Frau J. aus Göttingen unter dem Titel „Ersparnisse für das teure Gemüse“ einige Rezepte zum besten. In dem Artikel heißt es:

Als erster Ersatz ist der nahrhafte und fast allgemein beliebte Reis zu nennen, als Zugabe zu gekochtem und gebratenem Fleisch aller Arten. Er muß dazu gut ausgequillt und mit Butter und Bouillon gemischt, eventuell auch mit einigen Tomaten durchgekocht werden, die einen feinsäuerlichen Geschmack geben. — Soll Reis allein das Gericht bilden, so füllt man ihn in eine Schüssel und belegt ihn sternförmig mit geschnittenen, in Butter und feingehackten Zwiebeln geschmortem Corned beef oder Schinken, Tomatenpurée, gewiegter Petersilie und Schnittlauch, ebenfalls etwas vorher geschmort, geriebenem Schweizer- oder Parmesankäse, braun gebratenen Zwiebeln, gehacktem harten Eigelb, in Butter gebräunten geriebenen Semmeln und feingehackten Pilzen, Morcheln usw. Man kann dieses Reisgericht ganz nach Belieben feiner oder einfacher herstellen; es wird immer ein nahrhaftes und wohlgeschmeckendes Gericht sein, das auch appetitanregend ist und hübsch ausieht.

Auch in den übrigen Rezepten jongliert die kluge Hausfrau mit kaltem Roastbeef, Aufschnitt, Schinken, Hamburger Rauchfleisch, Eiern und saurer Sahne herum, daß jedem Feinschmecker das Wasser im Munde zusammenläuft. — Und das sollen Ersatzrezepte für das teure Gemüse sein! Wessen Geldbeutel so widerstandsfähig ist, daß er Schinken und kaltes Roastbeef verträgt, der braucht sich auch keine grauen Haare darüber wachsen lassen, daß das Gemüse teuer ist. Die Arbeiterfrau aber wird dank den Junkern und Pfaffen noch wie vor mit banger Sorge dem kommenden Winter entgegensehen. Für sie bedeutet der „Gemüseersatz“ eine unerreichbare Fata Morgana. Die Arbeiterfrau weiß aber auch, daß ihre Rettung aus ihrer jammervollen sozialen Lage nur gebracht werden kann durch das Erstarken, durch den Sieg des Sozialismus.

Über das Liebesdrama auf der Lübeck-Hamburger Eisenbahn, über das wir gestern kurz berichteten, teilt der „Odesl. Land.“ mit: Die Ärzte stellen fest, daß der Mann einen Schuß in die linke Brustseite und in die rechte Schläfe, das Mädchen einen Schuß in die Brust hat. Beide sind etwa 22 Jahre alt. Der junge Mann heißt Ernst Ahlers und ist aus Harburg, Feldstraße 3, die junge Dame ist Else Stopperann aus Rostock, Ferdinandstraße 21. In's Bewußtsein zurückgekehrt, erklärte der Mann auf Befragen etwa folgendes: Er sei Chauffeur und mit einem Mädchen verlobt, das er nicht liebe. Nun habe er die Verlebte kennen gelernt und sehr lieb gewonnen. Sie beide hätten beschlossen, aus dem Leben zu scheiden und heute in einem Wald bei Odesloe ihr Vorhaben zur Ausführung zu bringen. Zufällig seien sie im Zuge von Lübeck hierher allein in einem Abteil gewesen, welcher Umstand sie veranlaßt habe, unverzüglich zur Ausführung ihres Vorhabens zu schreiten. Er, Ahlers, habe zunächst zwei Schüsse auf die Brust des Mädchens abgegeben, die aber, wohl an den Korsettstangen, abgeprallt seien, auf Bitten des Mädchens habe er dann zum drittenmal geschossen und nun die Waffe gegen sich selbst gefehrt. Der aufgefundenen Revolver zeigt, daß aus demselben sechs Schuß abgefeuert sind.

Von einem Wagen der Straßenbahn überfahren und getötet wurde gestern nachmittag in der Rakeburger Allee beim Restaurant „Weißer Engel“ der dreijährige Knabe Steinbeck. Das Kind hatte auf einer aus der Erde herausragenden Wurzel eines der dort stehenden Alleebäume gesessen und wollte gerade in dem Augenblick das Gleis überschreiten, als der Motorwagen heranfuhr. Der Wagenführer hatte den Kleinen überhaupt nicht bemerkt und erst durch ein selbst-

James Knitschen wurde er gewagt, daß ein Hindernis auf den Schienen gelegen haben mußte. Er bremste sofort und fand beim Nachsehen die Leiche des Knaben, über dessen Leib ein Rad hinweggegangen war. Der Tod war infolge der furchtbaren Verletzungen auf der Stelle eingetreten. Nach dem Bericht von Augenzeugen trifft den Wagenführer keine Schuld an dem tiefbedauerlichen Unglücksfall.

Eine zweifelhafte Betriebsstörung ereignete sich gestern nachmittag von 8 bis 5 Uhr auf den nach dem Mühlentor führenden Straßenbahnlinien. Die Ursache war Kurzschluß, der eingetreten war, als ein zum Umlegen des Stromabnahmegleises benutzter Riemen auf einem Motorwagen in der Rakeburger Allee die beiden Arme des gleichfalls auf dem Wagen befindlichen Blitzableiters zusammengedrückt hatte. Nachdem man die Ursache des Kurzschlusses gefunden hatte, war die Beseitigung der Folgen desselben rasch geschehen.

Maffenerkrankungen nach dem Genuss von Hackfleisch sind im nördlichen Teil der Vorstadt St. Lorenz beobachtet worden und zur ärztlichen Kenntnis gekommen. Wie wir erfahren, sollen derartige Krankheitserscheinungen in etwa 30 Familien aufgetreten sein. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

ph. Verhafteter Bodenkammerdieb. Festgenommen wurde ein Malergehilfe aus Wismar, der bei einem Bodenkammerdiebstahl im Hause Hüxtragens und Breitstragens-Gasse auf frischer Tat erwischt wurde, dann aber flüchtete, und erst, nachdem er über Dächer und Einfriedigungen geklettert war, vor dem Hüxtertor wieder ergriffen werden konnte. Es wurden gestern vormittag mehrere Einbrüche in Bodenkammern verübt, wobei den Dieben Damenuhren, Ringe, Broschen, Armbänder, Herrenkleidungsstücke und bares Geld in die Hände fielen. Bei dem Festgenommenen wurde von den gestohlenen Gegenständen nur wenig gefunden. Die übrigen Sachen dürften seine Komplizen in Reisekörbe verpackt und beiseite geschafft haben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Körbe in einem Logis hier in der Stadt untergebracht worden sind. Personen, die in letzter Zeit an unbekannte Männer Zimmer vermietet haben, werden hierauf aufmerksam gemacht.

ph. Schmerzer Kuppel verdächtig. Festgenommen wurde ein flüchtiger Arbeiter, der dringend verdächtig ist, sich eines Vergehens nach § 181 a des St.-G.-B. schuldig gemacht zu haben.

ph. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Dissau zwecks Vollstreckung einer ihm seitens des Großherzoglichen Amtsgerichts in Schwartau wegen Unterschlagung zuerkannten Freiheitsstrafe.

ph. Einbruch. Aus einem Kontor in der Glockengießstraße sind in der Nacht vom 24. zum 25. ds. Mts. 235,68 Mark mittelst Einbruchs gestohlen worden.

ph. Fahrraddiebstahl. Am 25. ds. Mts., nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, ist in der Moislinger Allee, unweit der Eisenbahnbrücke ein Fahrrad, Marke „Schlady“, mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, der Fabriknummer 65 173 und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 13 428 abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden. In dem Hinterrade fehlen 2 Speichen.

Unentgeltliche Seefrischkostunden. Die Kochstunden, die am Freitag, dem 27. Oktober beginnen, haben in allen Kreisen ein sehr großes Interesse erregt. Die Listen sind derartig überfüllt, daß es nicht möglich sein wird, die Hunderte von Anmeldungen in den bis dahin vorgegebenen Kurien zu berücksichtigen. Der Neue Frauenverein wird versuchen, auf irgend eine Weise Rat zu schaffen. Bei der Eröffnung wird Herr Fischmeister Blankenburg (Altona) eine Ansprache halten.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Infolge plötzlicher Erkrankung des Herrn Bilstor übernahm Herr Hochheim vom Hamburger Stadttheater die Partie des Kadames in der heute stattfindenden Aufführung von „Aida“. Morgen, Freitag, geht Ernst Harbitz neues Drama „Zantris der Narr“ zum ersten Male in Szene. Das hochinteressante Werk behandelt den feldischen Sagenstoff von Tristan und Isolde“. Am Sonnabend kommt bei Mittelpreisen Longings komische Oper „Zar und Zimmermann“ zur Wiederholung.

Stockelsdorf. Die Versammlung der weiblichen Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins fällt für diesen Monat aus.

Hamburg. Todessturz auf der Schiffswerft. Am Dienstag nachmittag verunglückte auf der Reiherritz-Schiffswerft der in der Giffelstraße 561 wohnende Schiffbauer Wieters, indem er an Bord eines im Dock liegenden Schiffes in den Unterraum stürzte. W. erlitt schwere Verletzungen und wurde im Krankentorb ins Hafentrankenhaus transportiert, wo er bald nach der Einlieferung starb. — Von einem Fährdampfer abgestürzt und ertrunken. Der Steward Wlede fuhr auf dem Fährdampfer „Busch“ nach den Ruhwärderhäfen, um sich an Bord seines Schiffes zu begeben. Beim Ellerholzhöft sprang er, bevor der Dampfer an den Ponton festgelegt hatte, ab, stürzte ins Wasser und versank in die Tiefe. Nach kurzer Zeit konnte man den Verunglückten auf den Ponton ziehen, stellte Wiederbelebungsversuche an, die jedoch erfolglos blieben. Seine Leiche ist nach der Leichenhalle des Hafentrankenhauses gebracht worden.

Kiel. Prozeß der „Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung“. In einem Privatklageprozeß der Frau Wiederrichs-Gierförde gegen den verantwortlichen Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung“, Genossen Vielenberg, wurde letzterer gestern vormittag vom Amtsgericht Kiel zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Außerdem wurde der Frau Wiederrichs die Publikationsbefugnis in den „Kielern Neuellen Nachrichten“, der „Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung“ und der „Oderförder Zeitung“ zuerkannt.

Schnellen. Ein Großfeuer wüthete hier in der vorletzten Nacht. Das massive Grundstück, Wohnhaus und Stallung des Baumstulbenbesizers Ernst Brandt am Krainkamp brannte bis auf die Grundmauern nieder. Als Ursache des Feuers vermutet man Brandstiftung, doch konnte noch nichts Positives festgestellt werden.

Bremen. Tödlicher Unfall auf dem Güterbahnhof. Auf dem Güterbahnhof in Bremen ist Dienstag nachmittag 4 1/2 Uhr der Rangierarbeiter Heinrich Schumaker, wohnhaft St. Magnusstraße 77, tödlich verunglückt. Der Unfall ereignete sich beim Zusammenstoßen von Eisenbahnwagen. Der Verunglückte starb an Quetschung des Brustkorbes. Seine Leiche wurde nach dem Dozentors-Leichenhaufe geschafft.

Bremen. Die Pansa und — die Schafmacher-Verband. Wie die „Weserzeitg.“ meldet, hat die bremische Gewerkschaft einstimmig den Austritt aus dem Zentralverband Deutscher Industrieller beschlossen. Dieser Beschluß ist bereits zur Ausführung gebracht worden. Eine Begründung wird nicht mitgeteilt. Es liegt aber nahe, daß die bekannte Haltung des Zentralverbandes gegen den Hansabund, wobei die Gewerkschaften allen Anlaß hat, sich auf die Seite des Hansabundes zu stellen, den Anlaß zum Austritt der Kammer aus dem Zentralverband Deutscher Industrieller gegeben hat.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellings. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Für die vielen Grattationen zu unserer Silbernen Hochzeit sagen wir unsern besten Dank.
F. Dunker und Frau
Sternburg.

Am Dienstag nachmittags 4 1/2 Uhr starb plötzlich nach kurzer Krankheit unser lieber kleiner Sohn **Fritz** im Alter von 6 Monaten.
Dies betrauert von seinen Eltern **Friedrich Berderow und Frau**
geb. Roll.
Lübeck, den 26. Oktober 1911.

Gesucht sofort eine zuverlässige Frau tagsüber bei 3 Kindern im Alter von 2 bis 6 Jahren.
Wakenhauer 8a, Str. III., links.

Ein Kinderwagen
zu verkaufen. Süßstraße 71, II.

Eine gr. eis. Bettstelle, 2 Schümmäntel für Wdh., bis 11 J. billigt.
Näh. Steinrader Weg 22, II.

Freitag, Sonnab. u. Sonntag steht gr. Transport **Ferkel** sehr bill. z. Verkauf.
Strampfers Gasthof, Schwartau.

Läufer-Zugänger
ca. 100 Stück schön und billig
Meierei Travemünde.
Auskunft erteilt auch Hansa-Meierei

Prima Hartkoksries
— rein gesiebt —
in schöner Körnung
zu ganz billigen Preisen.
Christian Gäde
Fischergrube 4.
Lager bei der Drehbrücke.

Diese Woche ausnahmsweise
Pa. junges Rindfleisch } Wfd. 65
" Schweinefl. }
" Rostbeef } Wfd. 75 Pf.
" geschnitt. Speck 100 "
" Karbonade 80 "
" biden Speck 70 "
" Kalbfleisch 60 "
" Gulasch 70 "
" Gehacktes 70 "
Suppentaschen Wfd. von 10 an.

22 Fünfhausen 22.

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.

Ein Hahn zuge laufen.
Abzuholen Lüchowstraße 20.

Meine gerösteten Kaffees
in bekannter Güte und Preislage
halte bestens empfohlen.
Joh. Bötcher,
Reiferstraße 43.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Otto Albers Kohlm.
Markt 4 10
sind vorteilhaft bekannt durch
gute Verarbeitung u. sehr billige
Preise. U. a.:
Lederhosen . . . 2.20—6.45
Maurerhosen . . . 2.60—6.75
Schlofferhosen . . . 1.88—5.25
Überziehhosen . . . 1.08—2.95
Zwirn-Hosen . . . 1.68—3.25
leimene Jacken, schräge u. gerade,
1.28, Regen, Hemden, Schlachter-
jacken, Friseurjacken, Malermäntel
erkautlich billig. Mützen von 30
Pf. bis 1.88 Mf. Rote Lubecam.

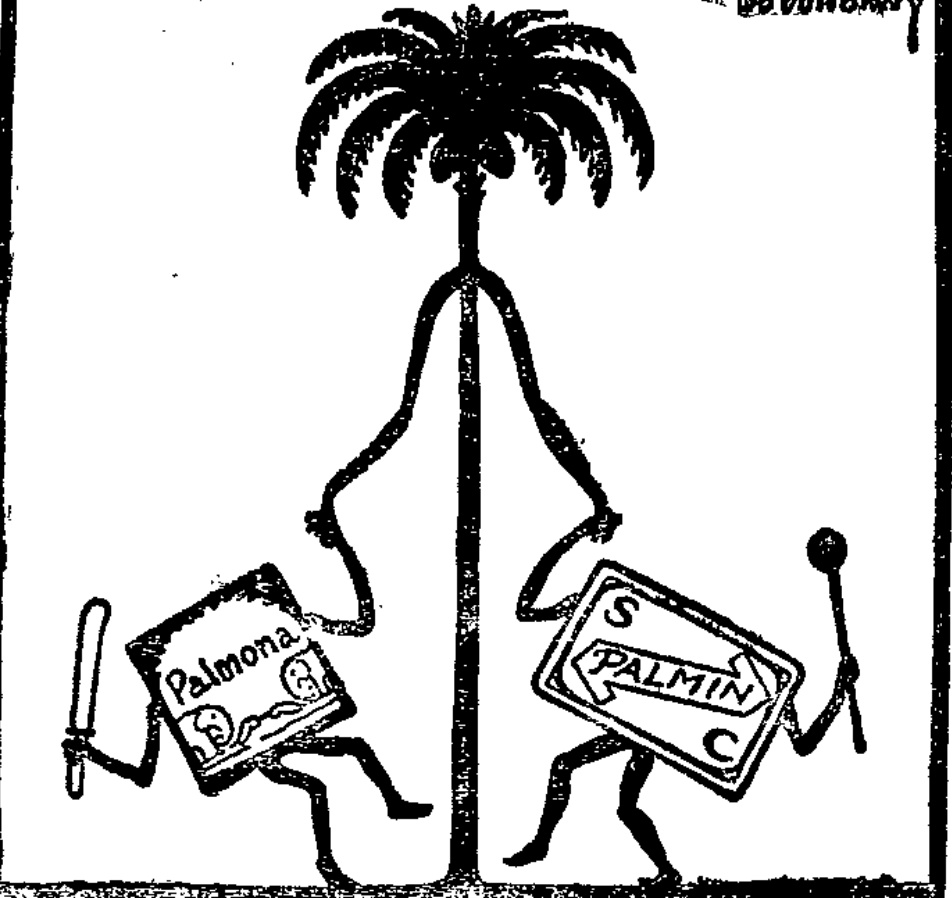
**Verband der
Fabrikarbeiter Deutschl.**
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Freitag, dem 27. Oktober
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom 3. Quartal 1911.
3. Vortrag des Kollegen Rad den.
4. Aufstellung eines Kandidaten zum
Gewerbegerichtsbefugter.
5. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Kücknitz-Siems u. Umg.

Sonntag, den 29. Oktober
nachmittags 4 Uhr:
Große Volksversammlung
im Saale des Herrn
Dieckelmann in Kücknitz.
Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehende Bürger-
schaftswahl.
Referent: Reichstagsabgeordneter
Theodor Schwartz.
2. Freie Aussprache.
Arbeiter u. Kleinwerbetreibende l.
Erscheint vollständig in dieser Ver-
sammlung, bringt Guts Frauen mit.
Alle über 18 Jahre alten Personen
haben Zutritt.
Der Einberufer.
W. Bromme, Lübeck, Johannisstr. 50.

Oeffentliche Volksversammlung
am Montag, dem 30. Oktober 1911
abends 8 1/2 Uhr
im **Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.**
Thema: **Göttliche Offenbarung oder Menschenwerk.**
Referent: Arbeitersekretär B. Menke-Dresden.
Freie Aussprache.
Um zahlreichen Besuch bittet
Die Ortsgruppe Lübeck d. Zentral-Verb. d. proletarischen Freidenker.



Mutter und Kinder

kennen die Vorzüge von
Palmin (Pflanzenfett) und **Palmona** (Pflanzen-Butter-
Margarine) als Speisefett und als Brotaufstrich. Diese Pro-
dukte sind von absoluter Reinheit, leicht verdaulich (kein
Aufstoßen, kein Sodbrennen), sehr preiswert und gänz-
lich frei von tierlichen Fetten. — Man vermeide die zahl-
reichen Nachahmungen, betrachte ihr Vorhanden-
sein vielmehr als einen Beweis für die vorbildliche
Qualität unserer Produkte.
H. Schlindt & Cie. A.-G.
NB, Palmin fehlt auch „weich“ (schon zählich) zu haben.

Konsumverein
für Lübeck und Umg.
e. G. m. b. H.

Für unsere Warenabgabestelle
Moising
suchen wir für sofort eine 2. Ver-
käuferin. Meldungen erbitten
wir an unser Kontor, Nebenhof-
straße 12.

Täglich frischen Lachsabfall
Paket 30 Pfg.
Krümellachs Paket 20 Pfg.
Kieler Vollfett-Bücklinge
zu den billigsten Preisen empfiehlt
P. Tretow,
Schlumacherstraße 27.

Grabsteine
Bräck & Stoermer
Falkenplatz 5.

Geschäfts-Eröffnung.
Der Einwohnerschaft von Seeretz
und Umgegend zur gefälligen Kennt-
nisknahme, daß ich mit dem heutigen
Tage hier selbst eine
Bäckerei
eröffne. War längere Jahre in
der Bäckerei N. v. Mühlen tätig.
Saubere u. Bedienung, schmackhafte
Ware zusichernd, zeichne
Hochachtungsvoll
Hermann Rieß
Seeretz.

Großes Auspielen
von
**fetten Gänzen, Karpfen u.
Ranchfleisch**
auf einem Ziehbillard
am Montag, d. 30. Oktober 1911.
Anfang 10 Uhr morgens.
Einsatz 50 Pfg.
Dazu ladet freundlichst ein
H. Lexau, Böttcherstr. 18.

HANSA THEATER
Täglich abends 8 1/4 Uhr:
Origin.-Parisiana-Gastspiel
mit d. neuest. Schlag. d. Saison.
Das starke Stück.
Schwan in 1 Akt von Jul. Gek.
Er — Sie und Jener.
Schwan in 1 Akt v. Neumann-Hofer
!! BERGISS !!
Drama in 1 Akt v. André de
Lorde und P. Chaine.
Die unmoralische Wohnung
Schwan in 1 Akt v. Alex. Engel.
Vorverkauf bei Sager.
Vorzugskarten wochentags
günstig.

Neues Stadttheater.
Donnerstag, 26. Oktbr. 7 1/2 Uhr.
Voll-Abonn. 35. Donnerst.-Ab. 6.
Gastspiel Paul Hochheim
vom Stadttheater in Hamburg
und **Fina Widhalm**
vom Stadttheater in Köln.
Aida.
Große Oper von Verdi.
Nadames Herr Hochheim a. Gast.
Lida — — Fr. Widhalm a. Gast.
Freitag, 27. Oktober. 7 1/2 Uhr.
Voll-Abonn. 35. Freitags-Abonn. 6.
Zum 1. Male! **Neu!**
Tantris der Narr.
Drama von Ernst Hardt.
Sonntag, 28. Oktober. 7 1/2 Uhr
Bei Mittelpreisen!
Zar und Zimmermann.
Komische Oper von Vorhng.

Beim Einkauf von Margarine achten
auf die Marke **Haus**
Siegerin
„Palmino“
„Mofra“

Arb.- u. Berufs-Kl.
J. H. Pein, am Markt.
Rudolph Karstadt, Eutin.
K. Quitzau, Schwartau, Markt 14.

Art. z. Krankenpfll.
König-
str. 33.
F. W. Heyde,

Bäckereien
Lübeck, L. L. L. 43.
Lübeck, Dampf-B. u. Kondit.
J. Eixmann,
Fischer-
grube 47.
H. Jürgens, Warendorferstr. 35.
Fleischhauerstr.
32. Fein-Weiß-
u. Grobkücherei.
W. Kraus, Fackelb. Allee 57 a.
Ad. Hinzelmann, West-
str. 2. Feines Schwarz- u. Weißbrot.
Schulmp.
B. Plath, Lübeckstr. 3.
W. Schlotz, Travemünde.

Beerd. u. Sarg-Mag.
Central-Beerdigungsanstalt
A. Brodersen, Mühlenstr. 7. Tel. 1093.
Pauken 16. Särge
in allen Preislagen.
C. Thiessen & Sohn,
Warendorferstr. 19. Über ganz Beerd.
Eigene Leichen- u. Transportwagen.
Lübeck, Schwartau, Allee 123.
Lager fertiger Särge.
Reisebüro. Gr. Lager in
H. Holz- und Metallwaren.

Seeschlafstätten
H. F. Schick, Gr. Gipselstraße 14.
Hansa J. Dettmann
Bakergrube 51.
L. L. L. 43.

Erscheint
dreimal
wöchentlich
Bezugsquellen-Verzeichnis
Den Lesern bei
Einkäufen aufs
beste empfohlen

Brauereien
Elbschloss M. Hofmann,
Hansastr. 75.
Kieler Schloßbräu H. A. Wulf
Untertrave 96.
Fernspr. 1274.

Lübecker Vereinsbrau
Trinkt
F. Neimüller Kahl, Schwartauer
Brambier in Gebinden u. Flaschen.
Franz Langloh Schlüter
F. Braubier.

Brennmaterialien
H. Schmitt, Angustinerstr. 14/14a.
L. Wolfbrandt, Rosenanlagen 10.

Butter-, Käsehdign.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
Fackelb. Allee 80.
H. Philipp, Tägl. feinst. Tafelbutter.
W. Wocklen, Hürstr. 23.
J. Seearau, Hürstr.

Cacao, Chocol., Tee
Lina Schwarz, Lübeck, Hürterd. 12.

Cigarrenhandlign.
A. Barmester, Lübeck, Fackelb. Allee 48.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
D. Kleeke, Königstr. 64, Ecke Hürstr.
Rob. Kleeke, Engelstraße 80.
Paul Karkardt Seelitzstr. 12. Ci-
garett, garetten, Tabake.
Jacob Meier, Warendorferstr. 19a.
Conrad Rothke, Fleischhauerstr. 15.
Paul Tafel, Eutin, 8.
W. H. Bänke, Eutin, Lübeckstr. 24.

Dampfwasch-, Pflanzst.
Groß-Wäschehandlign.
Wäsche-Vertriebs-Anstalt, L. 1023.
Spezialität: Hansa- u. Fein-Wäsche.
Hansa W. Köper, Fischerstr. 61.
Köper, 244. 61.
W. Krüger, Warendorferstr. 29.

Drogerien
W. Hohenschild, Marist. 42c. T. 736.
Ang. Prösch, Mühlenstr. 33.
Germania-Drogerie
Hürstr., Ecke Königsstr.

Fahrräder, Nähmasch.
H. Benthien, Fackelb. Allee 53.
Deutsches Nähmaschinen-Haus
Gustav Rath,
Frister & Rosmann - Nähmasch.
Franz Busse, Walmstr. 42.
Rich. Israel, Alfstr. 31.
Heinr. Körner, Gr. Burgstr. 23.
St. Gertrud-Fahrradhaus Joh. Meier,
Ardmst. 12a.
Erstklass. Räder u. Nähmasch. billig.
Johs. Meyer, Königstr. 51.
Carl Petersen, Malente, Bahnhofstr. 28.
H. Krohn, Schwartau, Lüb.-St.
71. Rep. Sämtl. Ersatz.

Farben u. Lacke
J. Becker, Domest. 23.
W. Hohenschild, Eutin 42. F. 736.
Ferd. Kayser, Breitenstr. 81.
Ang. Prösch, Mühlenstr. 33.

Fleisch- u. Wurstw.
Hans Gerds, Eilswigstr. 1a.
H. Anshnit.
Prima Fleisch- und Wursthwaren.
Chr. Gipp, Molsinger Allee 4.
Gothknecht, Gottlieb,
Königsstr. 104.
Beckergrube 30.
Carl Joost, Warendorferstr. 1450.
C. Klein, Pflanzstr. 14.
W. Löncke, An der Mauer 41a.
F. Möckel, Kupferschmiedestr. 62.
Bismarckstr. 44. Wurst-
fabrik mit elektr. Betr.
Wilh. Pöw, Gr. Burgstr. 55.
Gust. Zach, Kottwitzstr. 32.
O. Mieske, Brunnenstr. 2.
L. Müller, Pz. Fleisch- u. Wursthwaren.

Friseure, Parfüm.
Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42a.

Galant-, Spielwar.
C. Eilensath Wwe. Sandstr. 9.

Handels-Lehranst.
Privat-Handels-Institut
Herm. Lips, Dankwartsgrube.

Haus- u. Küchenger.
Joh. Baade, Lübeck, Fackelb. Allee 34a.
Paul Reher, Tunkenhagen 5.
E. Winkelmann Nachf., Eutin.
Louis Rathmann, Schwartau.

Herren- u. Knab.-Gard.
Joh. Dittmar, Lübeck, Drögest. 12a.
Rudolph Karstadt, Eutin.

Hüte und Mützen
Adolph Dimpker, Lübeck, Walmstr. 9.
Aug. Trost & Sohn, Holsenstr. 24.

Kino-Salon
Biophon-Theater
Breitestr. 52. Vornehmstes am
Platz. Vollendetste Vorführ. leber-
der, singender, sprechender Photogr.

Kolonial-, Fettwar.
Feddler J. Behm, Hansastr. 97.
Johs. Breede, Dankwartsgr. 37.
Reinh. Bösen, Arnimstr. 1a.
Heinr. Franck, Walmstr. 67.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
Carl Hudofsky, Marist. 37.
D. Lerch, Lg. Lohberg 44.
Ernst Löh, Spillerstr. 5.
H. Schütt, Angustinerstr. 14/14a.
J. Seearau, Hürstr.
H. Lettau, Eutin, Weidestr. 4.
Louis Rathmann, Schwartau.
J. U. Krüger, Travemünde.

Kurz-Weiss-Wollw.
O. Sannenwald, Lindenstr. 39.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

Manufakturwaren
Johann Dittmer, Drögest. 12a.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
J. Zimmermann, Malente, Bahnhofstr.
Hamb. Engros-Lager, Schwartau.
K. Quitzau, Schwartau, Marktstr. 14.

Möbelmagazine
Hintze & Steeb, Möbel-Fabrik,
Moising, Allee 60.
Detail-Verkauf in der Fabrik.
W. Pamperin Mühlenstr. 47.
St. Annenstr. 20.
Wohnungseinrichtung. z. billigen Pr.

Molkereiprodukte
Hansa-Meierei in der
Amme Lübeck's unternehm.
von Milchprodukten aller Art

Meiereien
Meierei Rensfeld
Inh. Paul Rieker, Vorteilhafte
Bezugsquelle für Milch und Butter.
Meierei Schwartau
Inh. Philipp Eitel, Tel. 2144.
Milch und ff. Molkereiprodukte.

Optik u. Mechanik
Carl Volger, OptischesSpe-
zial-Geschäft,
56 Breitestr. 56.

Photogr. Ateliers
Lübeck,
O. Goetze, Gr. Burgstr. 15.
Jul. Pingel, Johannisstr. 15.
Breitestr. 39.
Samson & Co., Fernspr. 1057.

Billigste Bezugsquelle für
Oten, Horde, Gaskoher, Grudeoten
Adolf Borgfeldt,
Fennrui 672, Mühlenstr. 38 und 40.

Putz u. Modewaren
B. Döhrmann, Holstenstr. 18.

Empfehlensw. Restaur.
Wacknitz-Strand, Lübeck, Markt 15.

Schreibwaren
Aug. Burmeister, Lübeck,
Fackelb. Allee 48.
M. Maxen Wwe., Moising, Allee 40a.
Mühlenbrücke 2a.
Risa Paulsen, Spez.: Briefmarken.

Schuhwaren
Rud. Möller, Hartenstr. 38. Reparatur.
Aug. Rostock, Finnhäuser 5.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

Seifen, Toilette-Art.
Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8.

Stahl-, Eisenwaren
Franz Gönzner, Fackelb. Allee 106.
Fennrui 1031.
F. Wichmann, Hürstr. 46. So-
linger Stahlwaren.

Tapeten, Linoleum
Carl Bouleke, Lübeck, Königsstr.
48b. Tapeten-Reste.
Fritz Rehm, Beckergrube 20.

**Trikot-, Strumpf-
u. Ertel-Lübeck, Breitestr. 15.**

Uhren-Repar.-Werkst.
Amerikanische, Hürstr. 71
Fast jede Reparatur nur 1 Mk.
2 Jahre schriftliche Garantie.

Uhren, Goldwaren
August Büttner Uhrmacher
Hürstr. 32.
Willi Westfahl, Holstenstr. 32.
H. Nevermann, Schwartau.

Weine, Spirituosen
Fr. Geist, Lübeck, Hürterd. 8. T. 1935.
Fischergrube
43, empfiehlt
Prima Weine und Spirituosen.

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 24. Oktober 1911.

196. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

(Schluß der Dienstag-Sitzung.)

Dr. Heim (Z.): In bezug auf einige Gegenstände muß das Vorgehen einer Teuerung unbedingt anerkannt werden. Das gilt namentlich auch für die Kartoffeln. Beim Fleisch haben wir zurzeit mittlere Preise, doch bewegen sie sich im allgemeinen nach oben. (Hört, hört! links.) Die Milchpreise sind fast Jahrzehnte hindurch nur deshalb stabil geblieben, weil die Landwirte nicht rechnen konnten. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Über die gegenwärtige Ernte haben wir die widersprechendsten Urteile gehört. Jedenfalls ist die Viehproduktion in den letzten Jahren so gestiegen, daß der Ernteaussfall an Futtermitteln sich außerordentlich fühlbar macht. Entsprechend dem gehobenen Kulturzustand sind die Lebensmittelpreise überall gestiegen; interessant ist, daß in Japan der Handelsminister deshalb den Terminhandel mit Reis verboten hat. (Hört, hört! rechts.) Eine Teuerung gebe ich zu für Gemüse und in erster Linie für Kolonialwaren, und daran ist doch der schwarz-blaue Block gewiß unschuldig. Im „Vorwärts“ spricht man freilich immer kurzweg von der

Zollwundervollpolitik.

(Mit Recht! b. d. Soz.) Nun, in den „Sozialistischen Monatsheften“ wird mehrfach ausgeführt, daß die Agrarzölle nicht protektionsartig gewirkt haben. (Zurufe b. den Soz.) An der Teuerung der Futtermittel kann ich nicht so leichtes Herzens vorbeigehen, wie der Reichskanzler, welcher meint, es werden ja nur sieben Prozent der Futtermittel eingeführt. Diese Quote würde eben beträchtlich steigen, wenn die Zölle auf Futtermittel beseitigt würden. Wir sollten alljährlich Viehzählungen veranstalten, um ständig zu kontrollieren, ob unsere landwirtschaftliche Bevölkerung uns ständig mit Fleisch versorgen kann. Übrigens hat das sozialdemokratische Karlsruher Blatt einen Rückgang aller Fleischpreise von 1910 auf 1911 festgestellt. Daß die Spannungen zwischen Ein- und Verkaufspreisen in 13 Jahren sich verdreifacht hat, gibt doch zu denken. Auch der „Vorwärts“ hat geschrieben, daß hier nach dem Rechten gesehen werden muß. Die Einfuhr des Rindfleischs gewährt keinen Profit, denn die Viehzucht geht in Amerika ständig zurück. Man soll den Nährwert des Fleisches auch nicht überschätzen. Nun zu den Abhilfevorschlägen. Die äußerste Linke will kurzweg alle Zölle beseitigen; Herr Dejer aber macht das auf

Abbau.

(Weiterkeit.) Wenigstens vor den Wahlen. Schließlich sind die Bauern auch noch als Wähler da, und das ist so eine Art Feuerversicherung. (Weiterkeit.) Die Öffnung der Grenzen ist nicht möglich wegen der Seuchengefahr. Der Reichskanzler hat alle Vorschläge abgelehnt. Aber in der Klarheit liegt nicht immer die Klugheit. Das starre Festhalten an dem jetzigen System, ohne jede Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse, ist die größte Gefahr. Für mich ist die ganze Frage eine Zweckmäßigkeitsfrage. Es kann einmal ein Zeitpunkt kommen, wo wir die Abbaufrage behandeln müssen. Ein allzu frühes Abbauen aber wäre ein Abreißen. Die Vorschläge, die ich Ihnen im Namen der großen Mehrheit meiner Freunde zu machen habe, bedeuten keine Abbrüchlichkeit des von uns als richtig anerkannten Systems. Da kommt zunächst in Betracht die

vorübergehende Aufhebung der Futtermittelzölle.

Wenn der Reichskanzler sich dagegen erklärt, so übersteht er, daß seit 1902 sich die Verhältnisse verschoben haben, daß wir jetzt sieben Millionen Menschen mehr zu ernähren haben. Auf die Qualität des argentinischen Fleisches will ich hier nicht eingehen. Wenn es Bevölkerungsfragen gibt, die 60 Bsp., aber nicht 90 Bsp. für das Pfund Fleisch bezahlen können, so muß ihnen das möglich gemacht werden. (Sehr richtig! links.) Darin sind

alle meine Parteifreunde einig.

Das argentinische Fleisch muß also unter der Voraussetzung zugelassen werden, unter der wohl von der argentinischen Regierung leicht zu erreichenden Voraussetzung, daß unsere beamteten Ärzte das argentinische Fleisch an Ort und Stelle untersuchen. Es muß aber dafür gesorgt werden, daß das billige argentinische Fleisch wirklich den nothleidenden Leuten zugute kommt und nicht etwa dem Zwischenhandel. Das Fleisch müßte auch als billiges argentinisches Fleisch zum Verkauf kommen. Auf die Dauer kann freilich nur die einheimische Landwirtschaft für den Fleischbedarf sorgen. Daraus entspringt die Forderung der Suspension oder Aufhebung resp. Rückvergütung der Futtermittelzölle. Man verweist auf das dadurch entstehende Loch in den Reichsfinanzen; aber es sollten doch Schutzzölle sein, nicht Finanzzölle. (Lebhafte Zustimmung links.) Sie sehen, Weisfall habe ich nicht nur auf der rechten Seite. (Zuruf links: Aber nicht in der Mitte.) Meine Freunde sind bis jetzt, sie lassen mich ihren Weisfall privatim zukommen. (Stärker. Weiterkeit.) Womit soll bei den teuren Futtermitteln der Bauer sein Vieh füttern. Mit Erträgen etwa? (W. Weiterkeit und Sehr gut! links.) Da wäre die zeitweise Erleichterung der Einfuhr von Futtermitteln angebracht, am besten in der Form der Rückvergütung des Zolls. Es muß aber dafür gesorgt werden, daß es wirklich Futtermittel sind und die Gerste nicht in andere Mägen kommt, als in die der Schweine (Weiterkeit). Der Hansabundforderung auf Herabsetzung des Zollsollens aber kann die Reichsregierung nicht nachkommen, denn wir haben einen Tarifzoll aber nicht einen Vertragzoll auf Heu. Die Verwendung der Einfuhrscheine für Petroleum muß aufgehoben werden. Ob die Frachtermäßigung dem Handel oder der Landwirtschaft zugute kommt, läßt sich nicht so leicht feststellen, wie der Landwirtschaftsminister meint. Bei Kartoffeln und Kraftfutter merken wir schon eine Erleichterung. Hoffentlich wird die Frachtermäßigung eine dauernde. Auch die Kommunen können das ihrige tun. Sie können z. B. den Metzgerständen zu billigen Preisen einrichten. Dann schalten sie auch den Mittelstand nicht aus. Bei Vergebung von Fleischlieferungen für öffentliche Anstalten sollen Staat und Gemeinde nicht nur an sich, sondern auch an die Allgemeinheit denken. Das wichtigste Mittel aber für eine dauernde Fleischversorgung der Bevölkerung durch unsere Landwirtschaft ist die richtige Verteilung. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Bei uns bilden sich immer neue Latifundien, weil die Industriekönige Boden aufkaufen und Bauern legen, sie haben das jagdbare Interesse im Auge, sie räumen mit dem Viehbestand auf, aber auch mit den Menschen, die davon leben. Darum weg mit den großen Fideikommissen. (Zustimmung links.) Aber her mit Bauernfideikommissen! Was jagen Sie nun. (Gr. Weiterkeit.) Bauernfideikommiss bis zu 50 Hektar, was darüber ist weg. (Zuruf b. d. Volkspartei: Eine Forderung wäre das schon.) Na, vorhin machte man in Ihren vorberühmten Reihen doch bedenklich mit den Köpfen. (Weiterkeit.) Für den Viehstand sind die kleinen Bauern maßgebend. (Sehr richtig! rechts.) Der modernen Kolonisation muß daher die größte Beachtung geschenkt werden. (Sehr richtig! rechts.) Das bei uns die Verteilung noch so erträglich ist, daß die Landwirtschaft ihrer Aufgabe noch nachkommen kann, verdanken wir der Schutzpolitik. Die Prophezeiungen über ihre üblen Wirkungen haben sich nicht erfüllt. Die Löhne sind in höherem Maße gestiegen als die Lebensmittelpreise. (Widerpruch links.) Ich berufe mich dafür auf den Kollegen Legien. Also Löhne, Handel, Industrie und unser Bauernstand befinden sich in aufsteigender Bewegung. Herr Fuhrmann meint, die Zollpolitik ist nicht die Wahlparole, sondern es gilt, einer kleinen herrschenden Clique und einer religiösen Partei den Rücken zu brechen. Mit einem Salto mortale geht er darüber hinweg, daß der neue Reichstag über den

Fortbestand der Zollpolitik

zu entscheiden haben wird. (Lebh. Weisfall im Zentrum.) Reichssekretär Wermuth wendet sich gegen den Gedanken einer zeitweisen Suspension der Futtermittelzölle.

Auch eine Rückvergütung des Zolls sei praktisch unausführbar. Die Durchführung der Heimischen Vorschläge würde auch den so glücklich fortschreitenden Gesundungsprozess der Reichsfinanzen fördern. Die Annahme der sozialdemokratischen Vorschläge würde vollends den Ruin der Reichsfinanzen bedeuten. (Hört, hört! rechts.) Die Anhänger des Zolls schuges kann ich nur warnen, sich auf den von Dr. Heim empfohlenen Weg zu begeben. (Lebh. Bravo! rechts.) Hierauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr vertagt. (Vorher Rechnungssachen.) Schluß 7 1/2 Uhr.

Berlin, den 25. Oktober 1911.

197. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück, Wermuth, v. Breitenbach, von Schorlemer, v. Lindesquist.

Koloniale Rechnungssachen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Übersicht der Einnahmen und Ausgaben verschiedener Schutzgebiete.

Erzberger (Z.) rügt die horrenden Staatsüberschreitungen in den Kolonien, besonders bei den Pensionen in den Militärverwaltungen. Das spreche am meisten für die Verringerung der Schutztruppe.

Roßke (SD.): Ich kann mich der Kritik des Vorredners anschließen. Übrigens haben wir auch gar keine Veranlassung, uns über die Minderausgaben zu freuen, die in der Übersicht vorhanden sind. Wenn eine gewisse Verringerung bei den Staatsüberschreitungen zu konstatieren ist, so liegt das wohl nicht zum geringsten Teil daran, daß der Reichstag jetzt eine

schärfere Kontrolle

übt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Ersparnisse bei Kulturaufgaben z. B. für Landeskultur und Landesverbesserung, Schulwesen usw. sind durchaus nicht erfreulich. Man schiebt jetzt ausschließlich unverheiratete Lehrer nach Südwest-Afrika. Dann verschone man uns aber auch mit Klagen über die Vermehrung der Gaillardbevölkerung. Bei den Ausgaben für Rechtspflege möchte ich wirklich fragen, ob die vielen Gefängnis- und schweren Prügelstrafen gegen Eingeborene angebracht sind. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn man das Anschwellen der Pensionen mit dem Klima rechtfertigt, so spare man sich in Zukunft die dumme Rederei bei den Wahlen von 1907, daß Südwest-Afrika sozusagen ein klimatischer Kurort sei. (Weiterkeit und Sehr gut! b. d. Soz.) Eine ganze Reihe Staatsüberschreitungen lassen die erforderliche Sorgfalt im Voranschlag vermissen. Die Übersicht über Südwest-Afrika zeigt ein unglaubliches Durcheinander. Über die Einzelheiten der Kriegskosten in dieser Kolonie wird in der Kommission eingehend zu sprechen sein. (Bravo! b. d. Soz.)

Dr. Goercke (ML) moniert die Überschreitungen bei einer zur Grenzregulierung von Kamerun eingesetzten Kommission. Staatssekretär des Reichskolonialamts von Lindesquist verspricht, in Zukunft die übersichtlichen übersichtlicher zu halten und sucht die Überschreitungen zu rechtfertigen oder doch zu erklären.

Die Übersicht geht an die Rechnungskommission. Es folgt die erste Lesung der Rechnung über den Haushalt des Schutzgebiets Kiautschou für 1904.

Erzberger (Z.) moniert die späte Vorlegung dieser Rechnung, sowie, daß das Reichsmarineamt auf dem Wege der sogenannten Fondsverwechslung solchen Beamten Kiautschou-Zulagen gewährt habe, die nichts mit Kiautschou zu tun haben. Im Anschluß an den Standpunkt des Rechnungshofes sollte der Reichstag mindestens die nachträgliche Vorlegung dieser Ausgaben verlangen. Ebenso sollte der ganze Reichstag dagegen Front machen, daß die große Überschreitung bei dem Luxusbau für den Gouverneur dem Reichstag durch Verteilung ihrer Rechnung auf zwei Jahre verschleiert wird.

Mut zur Hünde.

Roman von Max Kreyer.

(24. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten; alle Rechte vorbehalten.)

Das Musterlager befand sich in einem langgestreckten Saal im Hinterhof, an den sich kleinere Räume schlossen, die zu Kontor- und Expeditionszwecken benutzt wurden. Hier saßen die Reisenden und trugen ihre mitgebrachten Bestellungen in das Kommissionsbuch; nebenan klapperte ein Fräulein den ganzen Tag lang Begleitschreiben auf ihrer Maschinerie herunter; und dahinter wurden Muster verpackt und zur Ansicht verpackt. Jedes der beiden Häuser hatte einen besonderen Torweg. Eine hohe, mit Eisenspitzen besetzte Mauer trennte den Geschäftshof von dem herrschaftlichen, der sich hinten in einem Garten verlor. Das Wohnhaus lag hinter dem Vorgarten, vornehm verschlossen; nebenan jedoch ging man von früh bis spät aus und ein. Zum Musterlager gelangte man vom Torweg aus, ein paar Stufen hinauf durch eine Glastür, die beim Öffnen ein Klingelzeichen gab. So konnte man, wenn man hinten war, sofort wissen, ob man zur Bedienung gewünscht wurde.

Emmerich mußte sich vorläufig mit den Dingen vertraut machen. Er ging umher, sah sich all die Gebrauchsgegenstände an, die auf langen Tischen, in den Wandregalen und auf dem Boden lagen und standen, vertiefte sich in die Geheimnisse der Buchstabenauszeichnung und verglich die Nummern mit denen des Preiskurantes, um sich die Benennungen einzuprägen. Dabei wurde er zuvorkommend von dem zarten, fast dünnen Herrn Remin unterstützt, der sich rasch in das Unvermeidliche gefunden hatte und seine goldene Brille blitzen ließ, sobald er erklärend zu dem großen Mann aufblitzte, gegen den er sich wie ein Hähnchen ausnahm.

Seine Belehrungen klangen immer etwas schlächtern, ganz im Gegensatz zu seinen Berliner Gewohnheiten dem Behring und der kleinen Klapperschlange gegenüber. Aber zu diesem Vorzugten des Hauses wagte er nur in den gewöhnlichsten Ausdrücken zu sprechen, denn Emmerich, der ihm mit jeder Frage so etwas wie eine Gnade erwies, holte schon durch seine Blicke die Höflichkeit aus ihm heraus.

Gleich am ersten Vormittag kam Herr Dietrich Frobel die eiserne Wendeltreppe herunter, die hinten im Saal zum

großen Kontor hinaufführte. Das war ein Wunder, denn höchst selten endeten seine Spaziergänge hier unten. Aber er mußte doch sehen, wie sich der Schützling seiner Frau in die neue Lage hineinzufinden verstand.

„Naja, mojen, mein lieber Emmerich,“ trompetete er los. „Nun, wie macht sich's? Wie geht's? Ca va-t-il?“ Er konnte es nun einmal nicht lassen, jedem Schlußsatz seine französischen Brocken anzuhängen, was sich auch wie eine krankhafte Gewohnheit ausnahm.

Als er ihm die Fingerspitzen gereicht hatte, denn mehr opferte er auch den vertrauten Angestellten nie, war alles klar über den fecken Verkehrston, den Emmerich sofort mit ihm anschlug; denn wenn er ihm auch mit einem „Berehrter“ diente, so fand man diese Dreistigkeit doch unerhört. Und schon nach einer Woche, nachdem der Chefgemahl tagtäglich immer so kurz vor zwölf denselben Weg genommen hatte, um wohlwollend seine Erkundigung einzuziehen, sprang er mit ihm um, als hätte er einen Gleichgestellten vor sich; zwar immer höflich und entgegenkommend, aber ebenso kurz und bündig.

Herr Dietrich Frobel merkte es kaum, denn er war immer bei der Sache und probierte sein Gedächtnis an den Mustern, und es gefiel ihm, daß der Sänger a. D. ihn sofort befehlen konnte, wenn die bekannte Lücke in seinem Schädel sich entstand. Dann half er sich wohl mit einem Lachen darüber hinweg: „Doller Kerl, Sie, doller! Hätte ich niemals geglaubt, diese Umsatztung, Jamais. Na, eigentlich sind Sie ja bei der Stange geblieben. Metall in der Kehle und Metall hier. Gut, wie?“

Und er meckerte sein Lachen hervor über diesen Wig, und Herr Remin lachte mit, und der Reisende, der dabei stand, tat aus Höflichkeit dasselbe, bis dann des schönen Debo Lachen, das natürlich wieder ein Singen war, die Laute der anderen totschlug.

Nach Neujahr ließ das Geschäft ein wenig nach, es kamen auch weniger Kunden; dafür gab es aber mit der Inventur viel zu tun, natürlich auch im Musterlager. Es fiel aber Emmerich nicht ein, sich dabei die Hände schmutzig zu machen, obgleich bei dieser Gelegenheit alles an die Arbeit ging. Remin sah es ihm an, daß er um seine weiße Weste bangte, und so froh er auf seine alten Tage lieber selbst in die untersten Fächer der Regale hinein, um die vorerhaltenen Gegenstände aufzurufen, bevor er dem verehrten Kollegen zumutete, auch einmal den Kopf hineinzustecken.

Emmerich stand als großer Mann dabei und ließ sich höchstens herab, die Sachen zu notieren. Dann betrachtete er diese Arbeit auch als seiner unwürdig und überließ sie ganz Remin und seinen Leuten. Raum aber klingelte es, so trat er in Tätigkeit, falls ihn Leute eines Empfanges würdig dünkten. Langsam, gemessenen Schrittes, wie der Tenor auf der Bühne, der an den Souffleurkasten tritt, um seine Arie zu singen, kam er näher, erweilte die erste Gnade durch einen Kopfnicker und fragte, die Daumen in den Hosentaschen, nach den Wünschen; immer tip-top in Lackstiefeln, schwarzem Salonrock, modernem Steh-Klappfragen, der ihm einen jugendlichen Anstrich geben sollte, zart nach Veilchen duftend. Auch den Schnurrbart nahm er jetzt mehr in Pflege; nur aus seinen wirren Künstlerlocken war nicht viel zu machen, denn mit dem berühmten Fünffingerstrich zerstörte er immer wieder das föhliche Morgengebilde dort oben, sobald die Renommierlocke zerzaust die hohe Stirn beschattete. Diese ganz banale Tätigkeit ging ihm doch zu sehr im Kopfe herum, als daß er ihn nicht durch milde Griffe beruhigen sollte.

Im übrigen beschäftigte er sich viel mit dem Nutzen seiner Fingernägel, besonders der kleinen, die wie weiße zuge-spitzte Schippen glänzten. Und damit sein Tenor nicht ganz verkomme, füllte er diese Pausen durch leises Summen und Singen aus, durch auflockernde Triller, die aber gewöhnlich halb in der Kehle stecken blieben, denn er konnte nur noch mit der Lunge singen, der aber der große, weite Raum fehlte.

Er trillerte, wenn er vorn am Fenster stand und müßig auf den Kanal blickte; er trillerte, wenn er, die Hände auf dem Rücken, mit langen Schritten den Saal durchmaß, wenn er in das kleine Kontor nach hinten ging und schließlich die kleine Maschinentipperin in die Wange kniff, wonach sie schelmisch wie ein Frosch die ausdruckslosen Augen zu ihm aufklappte, denn diese Auszeichnung ging ihr durch und durch. Und er summte auch sein Lied, wenn die Langerolle ihn ganz herum ins Quergebäude zu den Packern im Stab-lager trieb, wo er ihrer Arbeit zuschaute, ohne sich etwas dabei zu denken. Dann machte er wieder kehrt und spazierte denselben Weg zurück, ahnungslos, daß das Spitzwort „Triller-Debo“, das ein vorlauter Berliner Junge für ihn erfunden hatte, hinter ihm fiel.

Als aber weder Frau Frobel noch Günther sich hier unten erblicken ließ, fühlte er sich beleidigt, und so begann er mit seinem Triller die Herren oben zu erfreuen, die ihn,

Notre (S.D.): Selbstverständlich muß sich die Rechnungs-Kommission gründlich mit den Klautschouzulagen beschäftigen, zumal der Staatssekretär des Reichsmarineamts mit erstaunlicher Hartnäckigkeit seinen total falschen Standpunkt aufrecht erhalten hat. Die bloße Übertragung der Verwaltung von Klautschou an das Reichsmarineamt hat dem Staatssekretär Veranlassung gegeben, einer ganzen Anzahl von Personen, Beamten, Portiers und Dienern, die mit Klautschou nichts zu tun hatten, Extrabezahlung zu gewähren. Gewiß sollen diese Personen diese Beiträge jetzt nicht zurückzahlen. Es würde aber eine heilsame Lektion sein, wenn es möglich wäre, die Zurückzahlung

aus der eigenen Tasche des Staatssekretärs zu erlangen. Ebenso ist dagegen Protest einzulegen, daß der Reichstag über die wirklichen Ausgaben beim Gouvernements-Dienstgebäude geradezu täuscht worden ist. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Goerke (M.): bestritt zwar den Luxus beim Gouvernementsgebäude, erklärt sich aber auch gegen die Staatsverpflichtungen.

Ein Kommissar des Reichsmarineamts erklärt, daß der ungenehmigte Weiterbau des Gouvernementsgebäudes auch vom Marineamt scharf gerügt sei und daß sicherlich keine Absicht, den Reichstag zu täuschen, vorgelegen habe.

Damit schließt die Debatte. Die Rechnung geht an die Rechnungs-Kommission. Es folgt die Fortsetzung der

Teuerungsbetate.

Graf Ranig (K.): Wir sind dem Reichskanzler für seine Erklärungen von vorgestern dankbar. (Zuruf links: Selbstverständlich!) Wird an den landwirtschaftlichen Zöllen gekümmert, so werden auch die Industriezölle nicht unberührt bleiben. Freizinn und Sozialdemokratie kämpfen unter dem Banner des Freihandels. Wir kämpfen unter dem Banner des Schutzes jeder ehrlichen nationalen Arbeit in Stadt und Land. (Zuruf links: Darum führen Sie Polen und Galizier ins Land!) Wir wollen nicht die Frage der Volksernährung zum Gegenstand parteipolitischer Agitationen machen. (Lachen links.) Die Angriffe des Herrn Fuhrmann gegen uns werden am besten durch die Erklärung des national-liberalen Stadtdirektors Tramm von Hannover widerlegt, daß die Teuerung zu Wahlszwecken übertrieben wird. (Sehr richtig! rechts.) Von übertrieben hohen Preisen kann keine Rede sein. Die Freizinnpartei vom altmährischen Abbau ist unklar. Herr Gylling hegt darüber andere Auffassung als Herr Deser. Der französische Sozialdemokrat Faure hat einen Weizenpreis von 250 Frs. für unbedingt notwendig erklärt, und der deutsche Sozialdemokrat Schippel hat in einer großen Berliner Volksversammlung gesagt, daß durch die Zölle mit Mühe und Not die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse gehalten und die Landwirtschaft vor völligem Zusammenbruch bewahrt worden sei. Schippel hat ferner gesagt, niemand sei durch die Agrarzölle bereichert worden. Das Bestehen der Industrie sei an das Bestehen der Landwirtschaft geknüpft. (Hört, hört! rechts.) Ähnlich hat sich Calwer geäußert. (Zuruf b. d. Soz.: Calwer ist kein Sozialdemokrat.) Er hat festgesetzt, daß seit dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifs die Engros-Preise der Nahrungsmittel um etwa 3 Proz. gestiegen sind, die Detailpreise aber um 10 bis 30 Proz. Die Einfuhrzölle sind für die östlichen preussischen Provinzen geradezu eine Lebensfrage. Die Reichskasse hätte keinen Gewinn von Änderungen am System der Einfuhrzölle, und Königsberg, Danzig, Estlin haben den Schaden davon. Die Steigerung aller Preise zufolge des Sinkens des Geldwertes ist eine ganz allgemeine Erscheinung. Würde das argentinische Fleisch bei uns zugelassen, so würde es nicht so billig sein, wie gestern hier behauptet ist. Von einer Fleischnot kann übrigens gar keine Rede sein; sie würde erst dann entstehen, wenn durch Grenzöffnung unser Viehbestand in Gefahr gebracht würde. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Herr

Heim

nimmt sich der Viehzucht besonders an, der Getreidebau kommt für ihn erst in zweiter Linie, denn in keinem Bundesstaat ist das Rindvieh so stark vertreten wie in Bayern. (Große Heiterkeit.) Wenn der Großgrundbesitz sich auf die Viehproduktion wüßte, so würde eine Überproduktion an Vieh entstehen und mit unserer Getreideversorgung würden wir vom Ausland abhängig sein. An den Futtermittelzöllen sind auch viele Mittel- und Kleinbauern interessiert. Herr Heim kennt augenscheinlich die örtlichen Verhältnisse nicht. Ich lade ihn zum Besuch bei mir ein. (Heiterkeit.) Der Freihandel würde die Industriearbeiter arbeitslos machen und die Landwirtschaft ruinieren, wie in England. Das würde besonders gefährlich sein im Falle eines Krieges. Mit Recht hat der Sozialdemokrat Calwer gesagt: Geben wir den Körnerbau Preis, so opfern wir unsere politische Selbständigkeit. (Lebh. Bravo! rechts.)

Staatssekretär Dr. Deibel: Die Debatte hat die Frage nicht wesentlich geklärt. Völlig einig ist man sich darüber, daß gewisse Mängel bestehen, die am meisten von den Verbündeten Regierungen befaßt werden. Aber

zur Abstellung dieser Mängel stehen nur wenige Maßnahmen zu Gebote, über die außerordentlich eingehende Erwägungen in den Reichskammern gepflogen worden sind. Das Verbot der Einfuhr amerikanischer Wachsenfleischs beruht auf Gesetz, und die Zustände in den amerikanischen Schlachtereien haben bei diesem Verbot eine große Rolle gespielt. Aus sanitären Gründen ist es unmöglich, die Einfuhr zu gestatten; ebenso kann die Einfuhr argentinischen Fleisches in Rücksicht auf die Gefahr der Einschleppung des Texasfiebers nicht gestattet werden. Ein vorübergehendes Gestatten der Einfuhr verbietet sich aus praktischen Gründen, kein Importeur würde sich darauf einlassen. — Bei den ganzen Debatten ist ausschlaggebend der Streit um die Ursachen der Teuerung. Auf der linken Seite schiebt man die Schuld auf unsere Wirtschaftspolitik und verlangt Abkehr von derselben. Redner sucht an der Hand langer Tabellen nachzuweisen, daß durch die Zollgesetzgebung eine übermäßige Verteuerung der Getreidepreise nicht herbeigeführt wird. Die Kartoffelpreise sind zwar hoch, die Engrospreise jedoch bei weitem nicht so hoch wie die Detailpreise. Die Weizenrente ist überall schlecht ausgefallen, dagegen steht die Weizenrente nur wenig unter dem Durchschnitt, speziell die Roggenrente war in Deutschland gut. In Bezug auf die Futtermittel ist die Situation ja schwierig, doch rührt das nicht von der Zollpolitik her, sondern

von der schlechten Ernte.

(Zustimmung rechts.) Gegen eine Mißernte in eigenen Lande und in den übrigen Produktionsgebieten ist eben kein Kraut gewachsen. Die Steigerung der Preise ist international und kann also nicht in unserem Wirtschaftssystem begründet sein, unsere Wirtschaftspolitik hat vielmehr für eine jährlich um 900 000 Köpfe steigende Bevölkerung Brot und Arbeit geschaffen, während keine geringe Leistung. (Lebh. Zustimmung rechts.) Unser Wirtschaftsleben bewegt sich in aufsteigender Linie, besonders haben sich die Löhne und die gesamten Verhältnisse der Industriearbeiter gehoben. Nur durch unsere Wirtschaftspolitik war auch die Möglichkeit gegeben

zu unserer Sozialpolitik.

(Lachen b. d. Soz.) Die Schwierigkeiten unserer Industrie, der wir durch die Schutzölle den heimischen Markt erobert haben, auf dem Weltmarkt, liegen weit weniger als man glaubt auf dem Gebiete des Zollwesens. Das Mittel an unserem bewährten Wirtschaftssystem würde die Interessen gerade der Volksteile empfindlich verletzen, zu deren Gunsten jetzt in erster Linie Maßnahmen gegen die Teuerung gefordert werden. (Bravo! rechts.)

Preussischer Eisenbahnminister von Breitenbach sucht nachzuweisen, daß die Ermäßigung der Eisenbahntarife wohl einen wirklichen Einfluß auf die Preisbildung gehabt haben. Die dauernde Tarifermäßigung würde einen ungünstigen Einfluß auf die Kasse der Eisenbahnverwaltung haben.

Ein Vertagungsantrag Bebel wird abgelehnt.

Dr. Siedekum (S.D.): Der Staatssekretär des Innern hat uns lange Zahlenreihen aufgeführt. Das, was er hauptsächlich damit beweisen wollte, kann er nicht beweisen, nämlich, daß die unlegbare Blütezeit, die unser Wirtschaftsleben in den letzten Jahrzehnten erlebt hat, von der Schutzpolitik bewirkt worden ist. Aber die Frage gehört gänzlich zu dem Thema, das uns hier beschäftigt. (Sehr richtig! bei den Soziald.) Die Not des Volkes wird jedenfalls durch derartige Erwägungen nicht gelindert. (Sehr richtig! links.) Wenn man die Reden, die in dieser Debatte gehalten worden sind, nach dem Maß von Verständnis für die Leiden des Volkes ordnet, so führt eine absteigende Linie von der äußersten Linken bis an den Bundesratsstisch. Eine gewisse Unterbrechung dieser Reihenfolge bildet das Zentrum, das zwei Redner sprechen ließ, von denen der eine die Interessen der junkerlichen Latifundienbesitzer vertrat, während der andere Maßnahmen vorschlug, die wir an sich durchaus billigen, von deren Nichtdurchführung er aber wahrscheinlich selbst nach den Ausführungen seines Fraktionskollegen überzeugt war. Das Mindestmaß von Verständnis war am Bundesratsstisch zu finden. (Sehr wahr! links.) Diejenigen, die beweisen wollen, daß Nahrungsmittel vorhanden sind, rennen offene Türen ein. Vorhanden sind solche Nahrungsmittel wohl, aber 90 Prozent der Bevölkerung fehlt das Geld, sie zu bezahlen. Es ist das alte Lied. Wie schon Friz Reuter sagt, sind Rindfleisch und Pfäumen ein gutes Gericht, man muß die aber nur kriegen. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Der Landwirtschaftsminister sprach von Kartoffeln, die zu 2,60 Mark zu erhalten sind. Nenne er doch den städtischen Verwaltungen die Bezugsquelle. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Die Statistik kommt immer zu spät. Erst später werden wir erkennen können, wie die Teuerungsvverhältnisse auf unser Volk gewirkt haben. Selbst die Großhandelspreise beweisen ja nichts, denn die Spannung zwischen Engros- und Detailpreisen wird allgemein anerkannt. Es wäre dringend nötig, daß das

Reichsgesundheitsamt

die dauernde Beobachtung der Nahrungsmittelversorgung

des Volkes sich zur Hauptaufgabe setze. Die Frage der Aufhebung der Schutzölle wird jetzt bis in die Mitte des Hauses hinein erörtern. Ich erinnere an Dr. Heim. Dr. Heim betrachtet die Agrarzölle als Schutzölle, der Reichskanzler betrachtet sie als Finanzölle. Ich sage, sie sind sogar Prohibitivölle, denn sie sollen in Verbindung mit den pseudosanitären Bestimmungen des Fleischbeschaugesetzes die Einfuhr verhindern. (Zustimmung bei den Soz.) Graf Ranig wies darauf hin, daß die französischen Sozialisten für die Agrarzölle gestimmt haben. Aber Frankreich muß erstens nicht, wie wir, ein Fünftel seines Brotgetreides vom Ausland beziehen, und zweitens ist

Frankreich kein Zuckerland.

(Sehr richtig! links.) Sogar nach dem Eingeständnis Posadowskys dient bei uns der Schutzoll der Alimenterung der Junkerkasse. In Frankreich aber ist Agrarisch Bauernschub und nicht Junkerschub. (Sehr gut! b. d. Soz. Zuruf b. d. Konf.: In Frankreich gibt es auch keine Einkommensteuer.) Folglich können sie die reichen Leute nicht hinterziehen. (Schallende Heiterkeit links.) In jedem Lande sind immer die Sozialdemokraten des Auslands die besseren Sozialdemokraten. (Heiterkeit und Sehr gut! b. d. Soz.) Die deutsche Zollgesetzgebung ist, um ein bekanntes Kaiserwort zu zitieren, eine

Brotwucherergesetzgebung.

(Widerspruch rechts und im Zentrum.) Man hat die Brotwucherergesetzgebung mit der Witwen- und Waisenversicherung verbrämen wollen. Aber nicht den Witwen und Waisen sind die Bollerträge zugute gekommen, sie sind geflossen in die unergündlichen Taschen der Großgrundbesitzer. Vor der großen Revolution entblödeten sich die französischen Junker nicht, unter staatlicher Begünstigung das Land vom Brotgetreide zu entblößen. Die Folgen Ihres Systemes werden Sie am

12. Januar

sehen. 1909 erklärte der jetzige Reichskanzler, das System der Einfuhrzölle müsse geändert werden, wenn die Ausfuhr von Roggen und Hafer sich noch vermehrt. Jetzt aber hat sie sich vermehrt, aber trotzdem will der Reichskanzler nichts am System ändern. Er ist eben noch mehr ein Befangener der Junker geworden, als er vorher war. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auch unter den Liebesgaben leidet das Volk. (Zuruf rechts: Unfair!) Sie sind ja selbst (zu dem Zurscher) ein Liebesgabenempfänger. (Sehr richtig! bei den Soz. — Unruhe rechts.) Die Zucker- und Branntweinliebesgaben allein machen mehr aus, als die gesamten Reichsschulden. Man sagt, vorübergehende Herabsetzung der Zölle lohne sich nicht. Warum macht man nicht wenigstens den Versuch? Mit Recht hat gestern Herr Heim die Frage, ob Schutzoll oder Freihandel, als Zweckmäßigkeitsfrage bezeichnet. Wir Sozialdemokraten sind durchaus keine erregierten Freihändler. Dazu sind wir viel zu entschiedene Gegner des Manchesterismus. Früher haben doch die Schutzöllner selbst gesagt, die Maßnahmen könnten nur vorübergehend sein. Dann darf man auch nicht behaupten, daß von Prinzip wegen kein Stein aus dem Gebäude herausgenommen werden dürfe. Wenn man sich heute gegen eine auch nur vorübergehende Herabsetzung der Zölle und gegen die Einfuhr von Wachsenfleisch wendet, setzt man sich dem Verdacht aus, daß man aus der Not des Volkes einen Vorteil ziehen will. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Denkschrift des Landwirtschaftsrates bezeichnet sogar die Teuerung als einen Akt ausgleichender Gerechtigkeit. Das ist gerade vom Standpunkt eines gläubigen Christen aus eine wahre Blasphemie. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir hatten unsere Interpellation auf die vorliegende Teuerung beschränkt. Der Reichskanzler aber hat von der allgemeinen Wirtschaftspolitik gesprochen. Wir wissen, daß wir von der agrarischen Mehrheit dieses Reichstags keine Änderung der Wirtschaftspolitik erlangen können. Wohl aber hegen wir die Hoffnung, daß wir diese Mehrheit bei den nächsten Wahlen bezimieren werden, die überhaupt nur zustande gekommen ist, weil wir eine veraltete Wahlkreiseinteilung haben, die dem platten Lande die Mehrheit gewährt. (Sehr wahr! links.) Die Agrarier schieben alle Schuld auf den Zwischenhandel. Ich verteidige wahrhaftig nicht die Krämer und Händler. Übrigens stoßen wir ja, wenn wir den Konsum organisieren wollen, gerade auf den Widerspruch der Konservativen und des Zentrums. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Eisenbahnminister bedroht sogar jeden Arbeiter in den Eisenbahnbetrieben mit Maßregelung, wenn er oder seine Frau einem Konsumverein beitreten will. (Hört, hört! b. d. Soz.) und der Rat von Dresden läßt sich sogar von jedem Straßengänger die eidesstattliche Versicherung geben, daß er nicht Mitglied eines Konsumvereins ist oder werden wird. (Hört, hört! b. d. Soz.) Man kann nicht gleichzeitig auf den Zwischenhandel schelten und dann, wie Herr Kreth, eine Lanze für das Krämerium einlegen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Sicherlich ist der Zwischenhandel an der Teuerung nicht allein schuld. Viel mehr Recht hatte Herr Heim, als er die falsche Verteilung als Grund der Mängel anführt. Für die von ihm vorgeschlagenen Bauernfideikommiss kann ich mich freilich nicht begeistern, so sehr ich auch die geradezu

schicklicher, nur „Sänger Emmerich“ nannten, bis auf ein paar Bohrer, die sein Auftauchen mit dem Ausrufe begrüßten: „Ah, die weiße Waise!“

Gewöhnlich ging er zuerst in Ahlemanns Zimmer, sprach mit dem Musikanten, überden Geschäftsführer über Oper und Konzerte und stellte sich dann zu einem der Herren im großen Kontor ans Ritz, bis er schließlich bei Günther mit der deutlichen Absicht halt machte, die jungen freundschaftlichen Beziehungen zu erneuern. Und immer summte und trillerte er unterwegs, so daß man ihn schon erkannte, wenn er die eiserne Wendeltreppe heraufkam.

Das ganze Personal zweifelte nicht mehr daran, daß man jetzt unter zwei musikalischen Genies zu leiden habe: beide hörten mehr in der Arbeit, als sie ruhten. Fast war es, als gingen hier Chef und Bizechef herum, nur dazu geschaffen, den Etat ohne ersichtliche Gegenleistung zu erhöhen. Das einzig Argenteum blieb, daß jeder seine seltsame Beschäftigung auf eine andere Stunde verlegt hatte, so daß sie niemals zusammen mußigten, was nicht auszuhalten gewesen wäre.

10.

Als Emmerich einsah, daß es Günther wirklich ernst damit sei, die Freundschaft nur als eine Übereilung in alkoholischer Stimmung zu betrachten, gab er seinen Widerstand auf.

„Ich danke Ihnen sehr für das Entgegenkommen,“ sagte Frobel junior mit seiner freundschaftlichen Offenheit. „Wir werden so viel besser auskommen.“

Emmerich starrte auf, denn so erfuhr ihr Mana nichts davon, der überdies keine Ahnung von der nächsten Duanelei der beiden hatte. Mit fast feindsüchtiger Freude bemerkte sie die Abneigung Günthers, mit der er sich unversehens hinter seiner gemessenen Höflichkeit verschonte. Schon hatte sie ihm alles vergessen und ließ ihn ruhig seinem Vergnügen weiter gehen, das er übrigens nicht mehr so spät anzubereitete. Denn sie sah die Wendung, die sie ihrer Klugheit verdankte, schon vor Augen.

Aber auch Emmerich entging diese kalte Höflichkeit Günthers nicht. Die ihm ganz ohne seine Schritte ging,

Etwas anderes hatte ihm vorgeschmeckt. Dieser tägliche Umgang mit ihm sollte ihn erfrischen, ihn herausreißen aus seinem Lumpenleben und ihn auf seines Daseins Reizung noch besser machen. Und nun sah er sich in allen seinen Hoffnungen betrogen; immer begegnete er einem fremden Menschen, der peinlich darauf achtete, daß die Verkehrskranke zwischen ihnen hübsch gewahrt bleibe. Nichts von seinem Blut zeigte sich in dieser nüchternen Stimmung, die frostig wie der graue Wintertag draußen war. Es wurmte ihn, es fraß an ihm, es machte ihn zu einem still großen Menschen, der fortwährend Vaterfreuden erwartet, ohne sein Verlangen gestillt zu sehen. Und schließlich kam er sich heisse geschoben vor, wie der Niedrigstehende, der an den hohen Herrn nicht herankommen kann, weil die soziale Kluft zu groß ist, an die seinen jungen Herrn, dessen Erzeuger er obendrein war. Das war es eben, was einen Zwiespalt in seiner Seele schuf, über den er in seiner verlegten Gütezeit nicht hinwegkam. Etwas Befessenes in ihm rang vergeblich nach Befreiung. Aber endlich fand es doch seinen Weg durch ganz offene Wortwürfe, die er Frau Frobel bei Gelegenheit machte, als er etwas Geschäftliches mit ihr zu besprechen hatte. Bisher war er seinem Vorgesetzten, persönliche Dinge nicht mehr zu berühren, treu geblieben; nun aber verlor er die Fägel seines Temperamentes.

„Sie haben ihm natürlich sein Verhalten vorgeschrieben, meine Gnädige,“ zürnte er in seiner zweideutigen Form los.

„Keine Gnädige?“ beionte Frau Frobel in ihrer geschäftsmäßigen Kühle. „Werden Sie doch nicht wieder rückfällig, Herr Emmerich. Sie kennen doch unsere Abmachung. Hier sind wir in meinem Kontor.“

Der schöne Dedo jedoch zürnte ohne Beherrschung weiter, diesmal kein überlegenes Lächeln auf den Lippen. „Ach, lassen wir das einfach heisse. Schließlich können Sie nicht aus Ihrer Haut und ich auch nicht. Es hört uns ja auch niemand. Ihre Rage steht dahinter, ich sage es frei heraus. Er soll sich mit nicht nähern, das war von Anfang an Ihre Hauptintention. Und als gehorsamer Wahn duckte er sich natürlich.“

Frau Frobel, die an ihrem Schreibtisch saß, hob bedauernd die Schultern. „Sie geben sich da einem großen Irrtum hin, mein Vester,“ verließ sie gelassen in dieselbe Vertraulichkeit, so ganz unwillkürlich, mit fortgerissen durch ihn. „Günther läßt sich sein Benehmen nicht vorschreiben, er handelt ganz nach seinem Gefühl.“

„Ja, das wollen Sie mich glauben machen,“ eiferte Emmerich weiter. „Ich müßte ja blind sein, um diese Umwandlung nicht zu verstehen. Ich sehe es an jedem Blick, an jeder Bewegung — aus jedem Wort höre ich es heraus. Sie wollen es nicht dulden, weil Sie ein gewisses Erwachen fürchten — das Erwachen natürlicher Instinkte. So, wie es in jener Nacht war. Reinetwegen auch ein Fortspinnen, wie Sie es nennen wollen. Das steht nicht in unserer Abmachung. Wie kommen Sie überhaupt dazu? Mir dieses bishen Freude noch zu nehmen... dieses bishen Licht in meiner Nacht?“

Es war nicht mehr die Sprache des Forderers, sondern die des Anklägers, der sein Recht zu verteidigen glaubt. Nichts von Spott lag in seinen Worten, als er mit ein paar großen Schritten wie drohend vor sie hintrat.

Frau Frobel merkte, daß da etwas Besonderes in ihm vorging, auf das sie sich künftig werde vorbereiten müssen, wenn ähnliche schrilte Saiten wieder erklingen würden. „Fragen Sie ihn nur einmal selbst, dann werden Sie seine Selbständigkeit kennen lernen“, entfuhr es ihr unbesonnen.

„Wenn Sie es wünschen, warum nicht? Dann tragen Sie aber auch die Verantwortung dafür.“

Frau Frobel fuhr mit einem Knack herum. „Vergessen Sie so schnell Ihr schriftliches Ehrenwort?“

„Ach, das werden Sie ja niemals zeigen“, warf er schroff hin.

„Wieviele doch“, jagte sie wie eine Bergweilke, die am liebsten um sich schlagen möchte.“

(Fortsetzung folgt)

glänzende Organisationskunst Dr. Heims bewundern. Freilich stellt Dr. Helm sein hohes Talent rücksichtslos in den Dienst einer bestimmten Klasse und sieht nicht die Bedürfnisse der Allgemeinheit. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Je mehr sich die

landlose Bevölkerung

vermehrt, steigt sich der Wert, steigern sich aber auch die Gefahren des Bodenmonopols. Nirgends steht geschrieben, daß Millionen Menschen dazu da sind, einer kleinen Minderheit eine behagliche Existenz zu verschaffen. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz. Lachen rechts.) Es ist auch nicht wahr, daß Großbetrieb als Musterbetrieb ein Latschfundebestell gebunden ist. Und dann bedenke man die Wohnungsverhältnisse. Die Wohnungsnot unseres Volkes in den Großstädten schreit zum Himmel. Ein Teil der Bevölkerung der immens reichen Stadt Berlin muß in Kellerlöchern hausieren. Ein Volk, das solche Verhältnisse bestehen ließe, hätte nicht den Anspruch auf den Titel eines Kulturvolkes. Wie sind die letzten, die die Bedeutung der Landwirtschaft bestreiten. Überall auf den Einzelländchen treten wir für die Bauern ein. Ich wende mich jetzt dem — Stuhl zu, auf dem der Reichskanzler manchmal sitzt. (Gr. Heiterkeit.) Der Kanzler hat hier vorgestern eine Wahlrede gehalten. Der Staatssekretär des Jüngern hat ihn dagegen zu verteidigen gesucht, daß in seinen Worten eine gewisse

unbarmherzige Brutalität

gelegen habe. (Stoche des Präsidenten.) Vizepräsident Dr. Schulz: Das geht zu weit, ich bitte Sie, sich zu mäßigen.

Dr. Südekum (fortfahrend): Ich weiß nicht, welche andere Bezeichnung jemand verbietet, der für die Not der Minderbemittelten nicht ein einziges Wort des Mitleids gehabt hat. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Es klingt wie Lohn, wenn der Kanzler der Presse die Schuld zuschiebt. Es kann nicht geleugnet werden, daß die Lage des Volkes sich erheblich verschlechtert hat. Die Zentrumsabgeordneten Jmbusch und Roeren haben sich genötigt gesehen, auf die furchtbare Lage der Bergarbeiter hinzuweisen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Löhne sind zwar gestiegen, aber durch die Preissteigerung mancher Lebensmittel, vor allem des Brotes und des Fleisches, ist das mehr als wett gemacht. Die

Verhandlungen beim Buchdruckerarif

haben gezeigt, daß die Buchdrucker nicht imstande waren, das Maß der Lohnerhöhung zu erzielen, das ihnen eine Aufrechterhaltung ihrer Lebenshaltung ermöglicht. Fortschritt der technischen Entwicklung und soziale Hebung der Arbeiterklasse sind durchaus nicht identisch. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Technik hat im Anfang nicht zu einer Verbesserung, sondern einer grausamen Verschlechterung der Lage der Arbeiter geführt und es bedarf langer Vorgesetzungsarbeit, mit der wir noch lange nicht fertig sind, um diese Verhältnisse abzuändern. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Man sagt: Ihr habt die Verelendungstheorie fallen lassen. Es wäre ja noch schöner, wenn es unserer zähen Arbeit nicht gelungen wäre, die Lage der Arbeiter in 30 Jahren zu verbessern. Aber all das haben wir gegen Sie erungen. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Alle Sophisterei der Welt bringt uns nicht darüber hinweg, daß es den breiten Massen des Volkes heute nicht gut geht und daß ein erheblicher Teil der Bevölkerung dauernd der Armenpflege verfällt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Nun weist der Reichskanzler auf die Aufgaben der Gemeinden hin. Wir begrüßen gewiß diese Ausdehnung des Pflichtkreises der Gemeinden, aber weiß denn der Reichskanzler nicht, daß dank den veralteten Bestimmungen der Städteordnung die Bevölkerung, die es angeht, von der Einwirkung auf die Geschicke der Gemeinde ausgeschlossen ist? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Mußt er nicht, daß er damit den Wählern der ersten und zweiten Abteilung, den Hausbesitzern und Händlern zumutet, sie sollten den Äst abdügen, auf dem sie sitzen. Freilich, ein Staatsmann, der einen Verpfänder des Königsworts alt und schimmelig werden läßt (Sehr gut! links), ein Staatsmann, der eine Frage von der elementaren Bedeutung wie die Reform des Landtagswahlrechts, die Voraussetzung der Reform der Gemeindeverwaltung, liegen läßt, der vor dem Stirnrücken des Herrn v. Heubrand zusammenklappt wie ein Laichmesser (Sehr gut! bei den Soz.), ein solcher Staatsmann hat nicht das Recht, die Verantwortung von sich auf andere Schultern abzuwälzen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Der Reichskanzler sieht in der Erhöhung des Fleischkonsums eine Verbesserung der Volksernährung. Sie beweist aber nur eine Veränderung der Ernährungsweise, die ja bei der Umschichtung unserer Bevölkerung aus einer ländlichen zu einer städtischen selbstverständlich ist und der Fleischkonsum ist noch lange nicht so gestiegen, wie es diese Umschichtung hätte erwarten lassen. Der Reichskanzler sagte in seiner Wahlrede zum Schluß, ihm komme es darauf an, den Schutz der nationalen Arbeit aufrecht zu erhalten. Schutz der nationalen Arbeit soll der Sammlungsruf für den 12. Januar werden. Wir sind gewiß nicht gegen diesen Schutz, denn schließlich sind es unsere Anhänger, die in der Arbeit stehen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir wollen aber nicht durch ein gefährliches Schlagwort unser Volk irreführen lassen (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) und von den für die Zukunft entscheidenden Problemen abführen lassen. Schutz der nationalen Arbeit gewiß, aber auch Schutz der nationalen Arbeiter gegen die junkerliche Gewalttätigkeit und Ausbeutung. (Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Den Vorwurf der ungewollten Partheizigkeit und Brutalität gegen den Reichskanzler muß ich entschieden zurückweisen. Der Reichskanzler hat erklärt, daß ihm die Sorge um das Wohl der arbeitenden Klassen genau so am Herzen liegt, wie Ihnen.

Hierauf wird die Debatte vertagt. Dr. Südekum (persönlich): Den Ausdruck kann ich leicht preisgeben, in der Sache habe ich nichts zurückzunehmen. Was der Reichskanzler hier gesagt hat, pflegt man in der kirchlichen Sprache mit dem Worte Lippendienst zu bezeichnen.

Vizepräsident Schulz: Ich rufe Sie für diesen Ausdruck zur Ordnung. (Ironische Rufe links: Ausschließen!) Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr. (Fortsetzung der Debatte.) Schluß 7 1/2 Uhr.

Der Krieg.

In den letzten Tagen haben blutige Scharmügel bei Tripolis stattgefunden. Zwar blieben die Italiener nach ihrer Angabe Sieger; die Türken haben ihnen aber große Verluste beigebracht. Ein Teil der Araber, auf die sich die Italiener verlassen hatten, haben gemeinsame Sache mit den Türken gemacht. Die „Agenzia Stefani“, ein italienisches Blatt, meldet darüber: Unter den Arabern, die augenscheinlich im Einverständnis mit den Angreifern gestanden haben, brach auf unserem linken Flügel hinter dem II. Bersaglieri-Regiment eine Rebellion aus, während die Bersaglieri damit beschäftigt waren, die Angriffe der türkischen

Infanterie zurückzuweisen, die, gedeckt durch kleine Sarranmauern, vorrückte. Von dem dem hligen Terrain begünstigten Arabern gelang es, den Bersaglieri nicht unbedeutende Verluste beizubringen, aber unsere Soldaten machten, ohne ihre Kaltblütigkeit zu verlieren, auf der Stelle gegen beide Seiten hin Front, machten zahlreiche Araber nieder und nahmen viele gefangen. Der Kampf dauerte mit wechselnder Stärke gegen acht Stunden. Er machte uns infolge des unebenen Geländes viele Schwierigkeiten, da er uns zu großer Truppenzerplitterung zwang. In der letzten Phase des Kampfes nahmen Verstärkungen teil, die vom 82. Infanterie-Regiment gekommen waren. Endlich gelang es unseren Truppen, die Araber und die Türken von allen Punkten zu vertreiben und das Gelände von ihnen zu säubern. Die Verluste des Feindes sind außerordentlich groß. Aber unsere Verluste, die verhältnismäßig nicht sehr schwer sind, (Wer lacht da? Red.) lassen sich noch keine genauen Daten ermitteln, da unsere Truppen noch mit der Entwaffnung der Bevölkerung zu tun hatten. Auf unserem linken Flügel rekonozzierende Patrouillen fanden zwischen Homs und Merf Hunderte von türkischen und arabischen Toten, die die Flüchtlinge keine Zeit gehabt haben, wie es sonst Gewohnheit, zu beerdigen oder mit sich zu nehmen.

Aus der Partei.

Bezirksparteitag für den Regierungsbezirk Merseburg. Am Sonntag fand in Halle der Bezirksparteitag der Sozialdemokratie des Regierungsbezirks Merseburg statt. Anwesend waren 44 Delegierte, 6 Reichstagskandidaten und 10 Vertreter des Agitationskomitees und der beiden Parteiblätter des Bezirks. Der Bericht des Bezirkssekretärs, Genossen Drescher, meldete zwar einen Mitgliederzuwachs von 1874 auf 20364 und eine wesentliche Verbesserung der Kasienverhältnisse, namentlich der Kreise, die den 10-Pfennig-Wochenbeitrag eingeführt haben, doch war man allgemein mit diesem Erfolg nicht zufrieden, da einzelne Kreise einen kleinen Mitgliederverlust aufwiesen. Das fand jedoch seine Erklärung in dem Hinweis auf die Massenwanderung aus den Wahlkreisen, die am Mansfelder Bergwerksgebiet beteiligt sind, von wo aus ein unglaublicher Terrorismus unsere besten Kräfte vertrieb. Im Mansfelderbezirk war auch in einigen anderen Kreisen und namentlich in Halle schwere Kämpfe mit den Behörden zu bestehen gewesen, die zu großen Justizopfern führten. Außer den 1974 Mark Geldstrafen sind im Berichtsjahre insgesamt 5 Jahre, 4 Monate, 5 Wochen und 5 Tage Gefängnis in politischen Prozessen über Genossen des Bezirks verhängt worden. Der fortwährend sehr heftig geführte Lokalkampf hatte den Erfolg, daß die uns zur Verfügung stehenden Lokale sich von 181 auf 155 vermehrten. Öffentliche Versammlungen haben 415, Mitgliederversammlungen 1252 stattgefunden und 470 600 Flugblätter sind verbreitet worden, neben 140 000 Volkskalendern. Im Hinblick auf die Reichstagswahl ist vom Bezirkssekretariat ein „Leitfaden für Parteifunktionäre“ herausgegeben und verteilt worden. Der vom Genossen Schmidt gegebene Kasienbericht schloß mit einer Einnahme von 7989,85 Mk. und einer Ausgabe von 7131,29 Mk. ab. Nach einer kurzen Debatte über den Geschäftsbericht hielt Genosse Drescher ein Referat über den bevorstehenden Reichstagswahlkampf. Das Referat und die anschließende Diskussion enthielten zahlreiche Winke für die praktische Kampfesarbeit. Beschlossen wurde, in den letzten Wochen des Wahlkampfes besondere Wahlleistungen zur grundsätzlichen Aufklärung der Wähler für die einzelnen Kreise an Stelle der Flugblätter herauszugeben. In den Referaten über die Presse des Bezirks, das „Halleische Volksblatt“ und den „Zeiger Volksboten“, die sich recht gut entwickelt haben, wurden eingehende Anweisungen für die Zeitungsagitation im Reichstagswahlkampf gegeben. Nach einer Debatte über „Grenzstreitigkeiten“ mit der „Leipziger Volkszeitung“ wurde eine Resolution angenommen, die betont, daß es für die Aktionsfähigkeit in den Kämpfen mit den kleinen und großen preussischen Behörden, für den Wahlrechtskampf und die Dreiklassenhausbekämpfung dringend notwendig sei, daß alle Genossen des Bezirks, die in Preußen erscheinenden Parteiorgane abonnieren und für ihre Verbreitung sorgen. Über den Bezirksmaifonds konnte ein sehr günstiger Bericht gegeben werden. Unterstützungen sind trotz verstärkter Durchführung der Arbeitsruhe nur in ganz geringen Beträgen gefordert und ausbezahlt worden. Nach kurzer Begründung wurde noch eine Resolution angenommen, die die Genossen auffordert, recht behaft für die kommenden Gemeindevahlen tätig zu sein, aber bei der Aufstellung der Kandidaten die allergrößte Vorsicht zu üben, damit auch nur wirkliche Parteimitglieder als Parteikandidaten fungieren.

Bewerkschaftsbewegung.

Zur Aussperrung der Tabakarbeiter in Westfalen nahm eine kombinierte Versammlung der Tabakarbeiter, der Sortierer und Ristenbelleber in Bremen Stellung. Die Versammlung stimmte nach einem Referat des Vorsitzenden Deichmann und nach einer lebhaften Debatte einer Resolution zu, wonach sich die Tabakarbeiter verpflichten, die Arbeit einzustellen, wenn nicht bald eine zufriedenstellende Einigung zustande kommt. Die Versammelten beauftragten die Vertrauensleute, diese Entschliebung den Inhabern der einzelnen Betriebe mündlich mitzuteilen. Für Bremen und Umgebung kamen 22 Betriebe in Frage.

Ein Streit um die Tarifgemeinschaft. Vor der 10. Zivilkammer des Landgerichts Leipzig spielt zurzeit eine interessante Streitfrage. Es handelt sich um nichts mehr und nichts weniger, als um das Sein oder Nichtsein einer Tarifgemeinschaft. Nicht die Arbeiter, sondern die Unternehmer sind die Kläger. Sie fordern von den Arbeitern die Respektierung der Tarifgemeinschaft. Bei dem allgemeinen Interesse, das dieser Vorgang, der unseres Wissens bisher kein Pendant aufweist, erheischt, möge die Situation ausführlich beleuchtet werden. Die Hilfsarbeiter in den Leipziger Stein-, Licht- und Rotendruckereien haben mit den Unternehmern einen örtlichen Tarif abgeschlossen, dessen Ende mit dem Ablauf dieses Jahres erreicht worden wäre. Es kam aber in der letzten Zeit der Ausstand der Lithographen und Steindruckers dazwischen, und am 8. September die Gehilfen kündigten, nahmen die Prinzipale am selben Tage Massenkündigungen von Hilfsarbeitern vor. Es lag natürlich für die Hilfsarbeiter nahe, in diesen Massenkündigungen nicht nur eine Kriegsmaßregel gegen die streikenden Lithographen und Steindruckers, sondern auch eine Verletzung des Tarifvertrages zu erblicken, den die Hilfsarbeiter mit den Unternehmern abgeschlossen hatten. Aus dieser Auffassung heraus kündigten auch die übrigen Hilfsarbeiter, und nun betragen sich die Unternehmer

über — Tarifbruch der Arbeiter. Bemerkenswert ist die Beurteilung dieser Sachlage durch das Tarifamt der Buchdrucker, das angerufen worden ist, weil der örtliche Tarifvertrag der Leipziger Hilfsarbeiter mit den Unternehmern ausdrücklich auf der Grundlage der Tarifgemeinschaft der Buchdrucker basiert. Das Tarifamt entschied, daß die Prinzipale Massenkündigungen vorgenommen haben, und daß es kläger gewesen wäre, die Kündigungen nicht an demselben Tage vorzunehmen, als die Kündigungen der Lithographen und Steindruckers erfolgten. Aber unbedeutend seien die Kündigungen trotzdem nicht gewesen. Die Hilfsarbeiter erklärten darauf in einer Versammlung am 27. Sept. den Tarif für aufgehoben. Mitbestimmend für diesen einschneidenden Beschluß war die Tatsache, daß einige Tage zuvor abermalige Massenkündigungen erfolgt waren. In Konsequenz ihres Beschlusses weigerten sich die Arbeiter auch, an einer Sitzung des Tarif-Schiedsgerichts teilzunehmen. Einige der großen Firmen haben nun die Organisation vor dem Landgericht wegen Tarifbruchs verklagt und fordern Schadenersatz. Am Sonnabend fand Termin in der Sache statt. Die Vertreter der Lithographischen Anstalten beantragten, das Landgericht möge die Arbeiter des Tarifbruchs schuldig erklären und sie zu Schadenersatz und Rücknahme der Sperre verurteilen. Der Vertreter der Hilfsarbeiter beantragte dagegen, die Klage abzuweisen, weil das Zivilgericht nicht zuständig und der öffentliche Rechtsweg ausgeschlossen sei. Die Unternehmer führen zu ihrer Rechtfertigung an, sie hätten die Arbeiter wegen Arbeitsmangels entlassen müssen, nachdem die Lithographen und Steindruckers die Arbeit niedergelegt hatten. Es handelte sich daher nicht um Tarifbruch der Unternehmer. Eine Massenkündigung sei nur dann als Tarifbruch anzusehen, wenn sie zu einem besonderen Zweck erfolge. Dies trifft hier nicht zu. Der Tarifvertrag sei etwas so Wichtiges, daß er einen besonderen Rechtsschutz erfordere. — Die Arbeiter hingegen stützen sich auf die Vorschrift ihres Tarifvertrages, wonach die allgemeinen Bestimmungen auf dem Buchdruckerarif basieren und daher dessen Grundzüge Anwendung finden müssen. Hiernach aber müssen zunächst die Gehilfenvertreter eingreifen, wenn Mitglieder der Schiedsgerichte sich weigern, ihre Funktion auszuüben. Dann erst habe das Tarifamt einzugreifen. Die Durchführung des Tarifs habe das Tarifamt zu besorgen. Wenn diese Instanzen erschöpft seien, müsse das Gewerbeamt angerufen werden, und erst nach Erschöpfung aller dieser Instanzen sei der ordentliche Rechtsweg zulässig. Für diese Auffassung wurde die Genehmigung der Herren Wägenstein und Giesecke vom Tarifamt der Buchdrucker in Berlin beantragt. Ein weiterer Termin wurde für den 8. November anberaumt.

Ein annehmbares Zugeständnis. Wenn Arbeiterblätter auf die fortgesetzten Tarifbrüche der Unternehmer hinweisen, dann macht die Scharfmacherpresse immer tüchtig in Entrüstung über die „verlogene“ Schreibweise der roten Presse. Natürlich wissen die Scharfmacherblätter ganz genau, daß Tarifbrüche der Unternehmer an der Tagesordnung sind; aber sie sind verpflichtet, im Interesse ihrer Anhänger die Wahrheit zu verbergen und alles abzublenden. Da ist es denn nicht ohne Interesse, ein Schriftstück zu veröffentlichen, das der Verband der Bauarbeitgeber für Leipzig und Umgegend an seine Mitglieder richtet, in dem er klipp und klar eingesteht, daß die Beschwerden der Arbeiter voll berechtigt sind. Das der „Leipz. Volksztg.“ zugeflogene Schreiben lautet:

Verband der Bauarbeitgeber für Leipzig und Umgegend.

Leipzig, 12. Oktober 1911.

An die geehrten Mitglieder!

Nach dem Tarifvertrag beträgt die Arbeitszeit vom Montag, 16. Oktober, bis Freitag, 3. November, 8 1/2 Stunden.

Beginn früh 7 Uhr, Feierabend 5 Uhr, ohne Vesperpause.

Die Arbeitszeit für die übrigen Wintermonate ist aus § 2 des Vertrags zu ersehen.

Wir empfehlen wiederholt, jedem Polier einen Tarifvertrag einzuhändigen und ihm die genaueste Beachtung der Vertragsbestimmungen zur Pflicht zu machen, damit nicht den Arbeiterverbänden fortgesetzt Grund zu Beschwerden gegeben wird.

Die Verträge werden vom Geschäftsamt in jeder beliebigen Anzahl abgegeben, es sind auch solche in Plakatform zum Aushang in den Baubuden vorrätig.

Der Vorstand.

Enke, Vorsitzender.

Der Unterzeichner des Schriftstückes ist kein beliebiger, sondern Hauptmacher der Bauarbeiteraussperrung im Jahre 1910. Wenn also dieser das Eingeständnis macht, daß die Arbeiterverbände fortgesetzt Grund zu Beschwerden wegen Nichtbeachtung des Tarifvertrages haben, so mögen die Herren Intendanten in der Scharfmacherpresse ruhig ihre Federn in der Tinte stecken lassen, denn hier vermögen sie doch nicht aus schwarz weiß zu machen.

Aus dem Gerichtssaal.

Deutsche Schutzmannskultur. Vor dem Landgericht I in Berlin als Berufungssinstanz kamen am Montag noch einmal die unerhörten Ausschreitungen zur Sprache, welcher sich die beiden Schutzleute Wolff und Schlag gegen das Ehepaar Hertel schuldig gemacht hatten. Hertel, ein Invalide, der an einem konvulsischen Juden sämtlicher Gliedmaßen leidet, war am 15. Juli d. J. von seiner Frau ausgeführt worden. Ihnen begegneten die beiden genannten Schutzleute. Dabei äußerte Wolff zu seinem Kollegen: Da kommt ja der besoffene Opapa! Als Hertel sich das verbat, rief Wolff: Sieh mal, der Kerl wird noch frech. Du nimmst das Was und ich nehme das Saustück. Frau H. wurde „alte Hure“ und „freches Frauenzimmer“ betitelt und einige Augenzeugen, die sich den Verhafteten als Zeugen anboten, wurden mit folgenden Lebenswürdigkeiten bedacht: Du Was willst wohl Zeugnis ablegen, Du kommst zur Wache mit! Das Was war auch dabei! „Schwefelbände“, „Lump“ und „Strolch“. Vor der Polizeiwache legte der Schutzmann Schlag den Angeschuldigten ein Bein vor, so daß der Krüppel zu Boden stürzte. Zu Frau H. äußerte Wolff außerdem noch: Dir Was schiebe ich den Säbel bis zum Heft in den Rachen! Die Folge dieser Vorgänge waren Strafbescheide nicht gegen die Schutzleute, sondern nach bewährter preussischer Polizeimanier gegen das Ehepaar Hertel und gegen die Zeugen. Das Schöffengericht sprach jedoch das Ehepaar frei und am Montag schloß sich das Landgericht, nachdem der Staatsanwalt selbst die Anklage hatte fallen lassen, dem freisprechenden Urteil an. Was geschieht nun mit den Schutzleuten?

Militärjustiz. Auf eine Strafverfärfung erkannte am Montag das Oberkriegsgericht des 10. Armeekorps als Berufungssinstanz gegen den Sergeanten R. Strüver von der 1. Batterie des Feldartillerie-Regiments von Scharnhorst (1. hannov.) Nr. 10, der wegen vorläufiger Behandlung eines Untergebenen sowie einer Reihe von Beleidigungen gegen Untergebene zu vierzehn Tagen

Erfinden Arrestes verurteilt worden war. Unter den für...
Kriegsgericht führte in den Gründen hierüber aus, daß die Be-
zeichnung als Sozialdemokrat an sich ja keine Beleidigung
sei, wohl aber, wenn sie gegen einen Soldaten Anwendung
finde. Das Oberkriegsgericht, bei dem der Gerichtsherr Ver-
urteilung einlegte, unterließ diese Ausführungen noch beson-
ders, indem es den Sergeanten zu vierzehn Tagen mit-
telst Arrestes verurteilte. Die Bezeichnung „Krieger Ge-
selle“ müsse als eine sehr schwere Beleidigung
für einen ehrlichen Soldaten angesehen werden. —
Der am 30. September dieses Jahres zur Reserve
entlassene Sergeant und Zahlmeister-Apirant Karl Wiese
von der 7. Kompanie des Infanterie-Regiments von Voigts-
Höhe (3. Hannov.) Nr. 79 (Garnison Hildesheim), ein
Mann von sehr guter Führung, war im Frühjahr d. J. auf
ein Jahr nach Spandau zur Geschützgießerei
kommandiert worden, wo er im August in Vertretung die
Kasse über die Burschenlohnung zu führen hatte. Hierbei
hat er in zwei Malen einen Gesamtbetrag von 48,70 Mk.
unterlagern, den er für Essen und Trinken verausgabte.
Das Kriegsgericht verurteilte ihn zu insgesamt drei Monaten
Gefängnis, sowie Verlegung in die zweite Klasse des Sol-
datenstandes. In der Verhandlung vor dem Oberkriegs-
gericht verwehrte sich der Angeklagte gegen den Vorwurf,
leichtfertig gelebt zu haben. Er habe das Geld nur genom-
men, weil es ihm nicht möglich gewesen sei, mit dem Woh-
nungsgelde (14 Mk. monatlich) und der Löhnung (57 Mk.)
in dem teuren Spandau auszukommen. Das Oberkriegs-
gericht erkannte eine gewisse Notlage des Angeklagten an
und setzte deswegen die Strafe auf sechs Wochen mit-
telst Arrestes und Verlegung in die zweite Klasse
des Soldatenstandes herab. — Das Oberkriegsgericht
in Steintal hatte sich mit Soldatenmishandlungen zu
befassen, denen folgender Sachverhalt zugrunde lag: Am 14.
Juli, einem recht heißen Tage, übte die 11. Kompanie des
Regiments 3 das „Skaladieren“. Um 8 Uhr meldete sich
der Rekrut Radloff bei dem Wirtshausbesitzer Matzke
mit der Bitte, abtreten zu dürfen, er habe furchtbare Stiche
in der Lunge und könne nicht weiter. Statt die Bitte zu ge-
währen, wurde der erschöpfte Soldat 15 mal die Eskala-
derbahn entlang gejagt, bis er buchstäblich zusammenbrach. Er war zwei Stunden lang
ohne Bewußtsein. Das hielt den Feldwebel Krüger aber
nicht ab, den Soldaten nachmittags zum Appell antreten zu
lassen. Ja, als der Kranke nicht tramm genug stand, schlug
der Feldwebel den Soldaten mit der Säbelschneide
auf die Finger und ins Gesicht und belegte ihn
außerdem noch mit den gebräuchlichen Rosenamen. Vom
Kriegsgericht wurden Matzke und Krüger zu drei resp.
vier Wochen gelinden Arrestes verurteilt. Das
Oberkriegsgericht beließ es leider bei dem außerordentlich
milden Urteil, das nicht geeignet erscheint, Soldatenschänder
abzuschrecken.

Ein Theaterprozeß in Bochum. Die Strafkammer in
Bochum, vor der sich der Direktor des dortigen Theaters,
Wolf-Amalfi, sowie der Theaterkassierer Borchardt
wegen Untreue, Unterschlagung und Betrugsversuchs bezw.
Ankündigung und Beihilfe zu verantworten hatten, verurteilte
am Montag den Kassierer wegen fortgesetzter Untreue in
einheitlichen Zusammentreffen mit Unterschlagung zu einer
Gesamtsstrafe von neun Monaten Gefängnis.
Auf diese Strafe kommen von der erlassenen Unterschie-
bung 2 Monate 3 Wochen in Anrechnung. Direktor
Wolf-Amalfi wurde freigesprochen. Das Ge-
richt hat angenommen, daß er nachdem Gesellschaftsverträge
über die entnommenen Gelder verfügen durfte bezw. daß er
sich eines rechtswidrigen Verhaltens bei der Entnahme der
Gelder nicht bewußt gewesen ist. Es handelte sich in der
Hauptsache um die Verfügung über die von der Stadt ge-
zahlte Subvention.

Aus Nah und Fern.

Endlich einmal ein Lichtblick. Alle Welt schreit über
Leistung, die Arbeiterklasse erdreißet sich mancherorts sogar,
gegen die geheiligte Ordnung zu rebellieren und durch Lohn-
bewegungen und Ausstände einen größeren Anteil an den
Kulturwerten zu erobern. Dem braven Spießer wird ganz
Angst, wohin das alles schließlich einmal führen soll. Noch
ist er ja in dem Genuße seiner Renten geschützt durch Polizei
und Gendarmen, die dafür zu sorgen haben, daß Eingriffe
in die geheiligte Ordnung ihre richterliche Sühne finden.
Aber wird es immer so bleiben, wird der Mod sich auch in
aller Zukunft im Zaune halten lassen? Mit dieser bangen
Frage auf den Lippen greift er zu seiner geistigen Er-
quickung dem geliebten „Berliner Lokalanzeiger“. Bald er-
heitert sich sein sorgengeführtes Antlitz. Noch werden ja
die Vorbereitungen zu den Winterfestlichkeiten der
Berliner Gesellschaft getroffen, noch gerührt ja
eine allgerühmte Prinzessin, in einigen
Monaten einem Kinde das Leben zu geben. Ganz wie in
regulären Zeiten. Und Freude strahlt unserm Spießer aus
den Augen, wenn er in prangenden Lettern liest: „Der
Trossknecht einer künftigen Kaiserin“. Es ist
die Aushattung der Braut des Grognossen des österrei-
chischen Kaisers, die den staunenden Lesern vorgeführt wird.
Wenn die höchsten Kreise noch mit solcher Sorgfalt eine
zukünftige Kaiserin ausstatten, dann ist Vollen noch nicht
verloren. Mit einem Seufzer der Erleichterung genießt
Spießerchen die Schilderung all der Kleider, Hüte, Mäntel,
Gürtel, Höschen und Strümpfe, die zu einer standesgemä-
ßen Aushattung einer zukünftigen Kaiserin gehören. Und wie
schön ist alles! Das Brautkleid ist aus elfenbeinfarbenem
Satin-Luchse mit reicher Silberstickerei, wobei
töner Argente und Orangeblüten die Lilie der Bourbonen
reiche Verwendung findet. Kostbare antike Spitzen aus dem
familiären Habsburg, die zum Teil schon das Brautkleid der
Großmutter schmückten, bilden das Vorderblatt und die
Achselstücke. Die Taille ist, der Mode entsprechend,
schonigartig arrangiert. Die Schleppe ist 1/2 Meter lang,
von Silbermyrtengirlanden umrankt, mit
herrlichen Valenciennespitzen garniert. Der echte Brüsseler
Schleier fällt von dem Myrtentranz im Haar bis auf den
Saum der Schleppe herab, gehalten von einem Brillan-
teubadem, dem Hochzeitsgeschenk des Kaisers. Das
Häubchen, mit mehr als tausend Brillanten, ist in
Kroneform gehalten und besteht aus einem Bandeau und
seiner Zeilen, in deren Mitte sich je ein karmoisierter Brillant,
der ein Blattarrangement umgibt, befindet. Beim Vor-
übergehen wird die Braut noch in einem Mädchenkleid er-
scheint aus aufsehenerfüllten Liberty und rosa Tunique aus
Seidenwolle mit Dusch-Spitze und franzenbesetzten
Silberborten garniert. Ferner finden sich im Trossknecht der
Prinzessin Rita neben mehreren prächtigen Kleidern für den
Kaisers Hute zahlreiche schwere Brantkoben zur
Repräsentation, neben hübschen Gebilden aus Gaze de Soie
und Raffin de Soie mit Perlen und Goldfransen, präch-
tige Courroben aus Chamoise und Felle, de Cine
und Seiden- und Samtstücke, Pointis d'Alacon und
Pointis de Besse. Die Kostüme, teils für den Wagen, teils
für rein praktische Zwecke bestimmt, sind ebenso vor-
nehm wie einfach gehalten. In den Wagen-

köstlichen gehören Puffhosen aus Seide, Spitzen und Crepe
de Chine, zu den praktischen Kostümen englische Blusen aus
Zephir, Flanell und Tuch. Außerdem reich ist die Ausstattung
an Mänteln. Wir sehen Mäntel für Bälle und
Wiskten, Straße und Auto, Jagd und Sport,
so einen Paletot aus Zwirne Ratine, einen Mantel aus
blau-weißem Double-Zibeline, ein Manteau de Cour mit
vier Meter langer Schleppe in rosa Satin-
seduisant, einen mit Fuchs verbrämten rubis Samt-
mantel, einen sackartigen Mäntel aus braunem Himalaja-
Sealotin, Stunks, Zobel, Astrachan, Ghinchilla und Dornelin
spielen als Mantel, als Krage und Manschetten, Muffe wie
auch als Hüthen und Fußsack eine große Rolle. Usw. usw.“
— Ob den mit der Vorbereitung zur Hochzeit beschäftigten
Fürklichkeiten wohl der 17. September zum Bewußtsein ge-
kommen ist? Der Tag, an dem das Wiener Proletariat
seinem Groll über Leistung und Hunger berechten Ausdruck
gegeben hat?

Die Bismarcks als Gutsherrschaft. In dem zum
v. Bismarckischen Güterkomplex gehörigen Gutsdorfe See-
lig bei Warzin ist das Schulhaus schon seit Jahren
baufällig. Es bewarb sich daher kein verheirateter
Lehrer um die dortige Stelle. Endlich hat es doch ein jün-
gerer Lehrer gewagt, dort sein Heim zu gründen, in der
Hoffnung auf einen baldigen Neubau. Es wurden auch vor
einigen Jahren bereits Verhandlungen mit der Gutsherrschaft
angeknüpft, der Bauplatz wurde ausgesucht und 1911 sollte
das Schulhaus fertig sein. Bis jetzt sind aber noch keine
Anstalten zum Bau getroffen worden. Kürzlich wurde nun
die Gegend von drei Geheimräten aus dem Kultusministerium
bereist. Als die Herren nach Seelig kamen, waren sie nicht
wenig erstaunt, daß in solchem baufälligen Gebäude eine
Lehrerfamilie hausen und noch etwa hundert Kinder
unterrichtet werden sollten. Die Herren erkannten die Bau-
fälligkeit des Hauses an und versprachen, für einen recht
baldigen Neubau Sorge tragen zu wollen. Derselbe dürfte
aber doch noch einige Zeit auf sich warten lassen, da die
Gräfin von Bismarck den vor Jahren ausgesuchten
Bauplatz nicht hergeben will, das ist echt feudale
Gehandelt!

Ein anarchistischer Aufruf. Infolge der Verhaftung
einer Anzahl Anarchisten des Rheinlandes und Weisfalens
hat sich ein Ausschuss gebildet, der jetzt einen Aufruf erläßt.
In diesem Aufruf wird zu Sammlungen aufgefordert. Der
Aufruf schließt: „Zeigen wir, was Rebellenrost vermag!
Kameraden, auf die Schanzen! Es wird ernst!“ — Druck
erzeugt Gegenruck.

Unter Eisenmassen begraben. Auf der „Gute Hoff-
nungshütte“ im neuen Martinswerk in Oberhausen
wurde ein Zimmermann durch einen 2500 Kilo-
gramm schweren Eisenblock begraben und
zermalm.

Schweres Unglück bei einer Leichenfeier. Aus Lov-
rano kommt die Nachricht, daß bei einer dortigen Leichen-
feier in einem baufälligen Hause die Leidtragenden plötzlich
durch den Fußboden des ersten Stockwerkes brachen und
etwa 40 Personen herunterstürzten. Zwei Per-
sonen wurden dabei getötet und viele verwundet.

Schweres Automobilunglück bei Lyon. Auf der Brücke
von St. Remy in der Nähe von Montbard, wo sich eine
gefährliche Kurve befindet, saute ein 75pferdiges Automobil,
das mit sechs Personen, darunter einem reichen Brasilianer
namens Pleio da Silva Prado, der in Paris seine Woh-
nung hat, besetzt war, gegen die Brüstung, durchschlag das
Gitter und fiel in den Fluß. Alle sechs Insassen wurden
verletzt, drei davon schwer. Einer ist vollständig skaliert
worden. Eine Dame hat den Arm gebrochen. Die Opfer
dieser Katastrophe wurden in Automobilen nach Paris ge-
bracht.

Attentat in Kanton. Während der neue Tataren-
General Jungjan, der gestern morgen aus Schanghai
in Kanton eintraf, in der Tschongtsching-Strasse am Ad-
miralitätsgebäude vorüberging, wurden von den Dächern be-
nachbarter Häuser Bomben herabgeworfen, durch die der
General und einige Soldaten getötet wurden.
Infolge der Explosion brach in mehreren Häusern Feuer
aus, das gelöscht werden konnte. Die Stadt ist ruhig.

Hausfrauen und Mütter!

Den Milchverkäufern ist der Krieg
erklärt!
Kauft keine Milch
zu erhöhten Preisen!

Genossenschaftsbewegung.

Genossenschaftliche Brotproduktion. Die Danziger
Bäckermeister haben vor längerer Zeit für die Herstellung
von Brot eine Genossenschaft gegründet, so daß die Bäcker
selbst im eigenen Betriebe nur noch die Brötchen herstellen.
Etwas Ähnliches plant man neuerdings in Köln. Auch dort
wollen die Bäckermeister sich eine genossenschaftliche Brot-
fabrik gründen, um so der Konkurrenz der Brotfabriken ge-
wachsen zu sein. Die Rheinische Genossenschaft für wirt-
schaftlichen Förderung von Handwerk und Gewerbe will das
Unternehmen beim Ankauf der Maschinen unterstützen. Da
die Bäckermeister die Genossenschaftsarbeit anderer vielfach
angreifen, so stellt ihnen, trotz des in großem Maßstab
organisierten Selbstbezugs, doch das rechte Verständnis für die
eigene genossenschaftliche Arbeit. Infolgedessen findet der
Gedanke, das Brot genossenschaftlich in einer großen Fabrik
herzustellen, verhältnismäßig schwer Eingang. Die Aufgabe
selbst, daß die Bäckermeister diese Schritte tun, zeigt aber,
wie überlegen der Großbetrieb auf dem Gebiete der Brot-
herstellung ist. Auch die Kolonialwarenhändler haben in
Bremen und Breslau denselben Schritt getan, auch sie stellen
das Brot im genossenschaftlichen Großbetrieb her. Für den
Konsumenten ist es selbstverständlich in jeder Hinsicht un-
endlich wertvoller, wenn diese Brotherstellung nicht in
einem privaten Großbetrieb erfolgt, sondern im eigenen Ge-
nossenschaftsbetriebe, dessen Besitzer die Konsumenten selbst
sind.

**Was schon die Furcht vor einem noch gar nicht be-
stehenden Konsumverein bewirken kann.** Wir lesen im
„Amalichen Kreisblatt“ für die Stadt Dortmund:
„Arnsberg. Von der Leistung. Hier herrscht augen-
sichtlich ein Kampf um die Lebensmittelpreise. Auf die Nach-
richt hin, daß die hiesigen Beamten einen Konsumver-
ein zu bilden beabsichtigen, begab sich im Auf-
trage der Arnsberger Handelskammer, welche die Vertretung
der Interessen der Geschäftsleute in die Hand genommen
hat, ein Ausschuss zum Regierungspräsidenten, um die Bil-
dung des Konsumvereins zu verhindern. Der Regierungs-
präsident bedachte der Vorordnung, daß er keine Handhabe

besitze, um seinen Beamten den Akt der Selbsthilfe bei dieser
Zeit der allgemeinen Leistung zu unterbinden. Allerdings
sei dieses Bestreben für die hiesige Geschäftswelt gefahr-
drohend; er wolle sich daher den Versuchen, einen Ausgleich
herbeizuführen, gerne anschließen. Darauf haben die
Handelskammer und die Geschäftsleute
einen Ausschuss gebildet, der sich mit den
Gewerbetreibenden in Verbindung setzen
soll zwecks Herabsetzung der Preise.
Natürlich hat der Regierungspräsident nicht nur bei
dieser Zeit der allgemeinen Leistung „keine Handhabe“,
„seinen Beamten“ die Organisation in der Konsumgenossen-
schaft zu unterbinden. Dieser Akt der Selbsthilfe der Be-
amten geht die Regierung allgemein gar nichts an, so wenig
es die Beamten angeht, wo der Regierungspräsident seine
Zigaretten ersteht. Aber davon abgesehen ist der Erfolg des
noch gar nicht gegründeten Konsumvereins sehr lehrreich.
Die Notiz sollte allen Konsumenten, die etwas schwer von
Begriff sind, vor Augen gehalten werden, damit sie förmlich
mit der Nase auf den Nutzen und die Wirksamkeit der Kon-
sumentenorganisationen gestoßen werden. Die Beamten
haben trotz der Bemühungen ihren Konsumverein dort ge-
gründet.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübeker Marktpreise vom 25. Oktober
Bauern-Butter 3,00—3,50 Mk., Meieret-Butter
Pfd. 1,75 Mk., Käsen 3,00—3,50 Mk., Enten 3,00—3,50 Mk.,
Gänser 1,60—2,30 Mk., Ruten Stkck 1,40—2,00 Mk., Tauben
Stkck 0,55—0,65 Pf., Gänse Pfd. 0,72—0,75 Mk., Fildgans
2 Mk., Schinken Pfd. 1,15—1,20 Mk., Schweinestopf Pfd.
55—60 Pf., Würst Pfd. 1,20—1,40, Eier 6 Stkck 60 Pf.,
Heringe 2 10 Pf., Dorfsche genüg., Süßwasserfische genüg.,
Karpfen 1,10—1,20 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk.,
Schleie 1,20—1,40 Mk., Brachsen 60—70 Pf., Hechte Pfd.
70—80 Pf., Barsche Pfd. 70 Pf., Aal Pfd. 0,70—1,00 Mk.
Karautschen Pfd. 80 Pf., Gemüse genüg., Blumenkohl
d. Kopf 0,25—0,80 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken,
100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Pfeffer,
verschiedene pr. 100 Pfd. — Mk., Pfeffer, pr. 100 Pfd.
Mk., Kirschen Pfd. — Pf., Kartoffeln neue 10 Pfd.
50—70 Pf., Mand Pfd. — Pf.

Getreidepreise. Lübeck, 25. Oktober.
Weizen, 128—135 Pfd. holl. 192—198 Mk., Roggen 128—
127 Pfd. holl. 175—177 Mk., Gerste, nach Qualität
178—190 Mk., Hafer, nach Qualität, 178—185 Mk. alter
— Mk., hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

Samburger Sternschanz-Viehmarkt vom 25. Oktbr.
Auftrieb 5600 Schweine. Handel sehr flau geträumt.
Überland — Stkck.
Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht
nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und
für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine
Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 59,— bis 60,—
(47,00 bis 48,00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260
Pfund, Tara 20 Proz., — bis 58,— (— bis 46,50) Mk.
Mittelschwere, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 58,— bis
59,— (45,00 bis 46,00 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200
Pfund, Tara 22 Proz., 58,00 bis 58,50 (45,00 bis 45,50 Mk.)
Geringere Ware, Tara 24 Proz., 52,— bis 56,00 (39,50 bis
42,50) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., — bis
52,00 (— bis 42,50) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22
Prozent 45,— bis 50,00 (35,00 bis 39,00) Mk.

Butter-Notierungen
d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.
Samburg, 25. Oktbr.
1. Klasse 243 Drittel zu 151,77 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 21 „ „ 142,98 Mk. „ „

Literarisches.

Aus dem neuesten „Frei-Renter-Kalender“ für das
Jahr 1912, den Prof. Dr. Gaedertz wieder mit vielen un-
bekannten Geschichten und Dichtungen des plattdeutschen
Klassikers loben herausgegeben und die Dieterich'sche
Verlagshandlung (Th. Weidner) in Leipzig mit reichem
Buchschmuck ausgestattet hat, (Preis 1,20 Mk.) erregt vor
allem die Aufmerksamkeit ein nie zuvor veröffentlichtes
Kapitel der „Argelicht von Meckelnborg“. Wir
können es uns nicht versagen, daraus unseren Lesern eine
heitere Episode mitzuteilen: „Also, fäd Dörchläuchten
wider, mit den Einrichtungen und mit den patriarchalischen
Zuständen, wie sie unter Herrgott für Abrahamen
eingrichtet hat, ist es nichts; dabei ist weder
Unser spezielle meckelnburgische Verfassung noch Unter
Oberkirchenrat zu Rate gezogen. Wir lassen also dieses
ideale und hochpoetische Patriarchentum in Meckopotamien
gänzlich fallen und wenden uns nach Ägypten. Das ist ein
anderer Schmack, da steht man auf realem Boden. — Wir
verordnen also: 1. der Dynastienkram von Ägypten wird in
Unser Durchlauchtigstes Haus eingeführt — näher Bestim-
mungen darüber werden demnächst folgen. 2. die Bevölke-
rung des Landes wird in Kasten eingeteilt, die Plebesterkaste
ist die erste, die Ritterkaste die zweite, und bei der ferneren
Einteilung kann man die meckelnburgische Rangordnung zu
Rate ziehen. 3. es wird eine Pyramide gebaut, in welcher
der Oberkirchenrat seine geheimen Sitzungen hält; bei Todes-
strafe ist es verboten, ihn darin zu hören oder seinen Ge-
heimnissen auf den Grund zu kommen. — Herr Hofmarschall,
lassen Sie die sämtlichen Kammerherren und Kammerjun-
ker und alle Laquaien zusammenkommen, sie sollen das kleine
Zannenwäldchen drüber über den Bach eng umstellen, da-
mit Wir nicht gestört werden, denn Wir denken Uns darin
zurückzuziehen, um über die Dynastien nachzudenken.“ —
Dormit let hei sine Ministers utenanner gahn, un hei
Sülben gung in dat lütte Dannerholt un läd st unner
'ne grote Dann un tel in de blage Luft. Un dat ganze
Dannerholt was eng umstell, und de Hofmarschall
makte de Kund' un läd immer: „Wick! un all-
taufamen läden: Wick! und as en oll Dagldhnerwin
mit 'ne Kohe vull Sammelholt ankam, fohrte de Hof-
marschall up ehr los un rep in en utdrücklichen Flusteron:
„Ich habe schon dreimal gepst, und Sie hört nicht dar-
auf!“ — „Dat is mi ganz egal“, läd dat entfante Wick,
„pschen S' man immer wider, min Mann will sin Middag-
eten lakt hewen, un dat Holt dortau mit id mi sammeln.“
— Un de Hofmarschall gung bi Sid in en Dannerbusch
'rinne un slog st vör de Post un läd: „Gott sei mir Sü-
der gnädig! — It hewm tist en lisen Twifel an Dörch-
läuchten sine Weisheit hatt, as hei dat Patriarchenwesen so
flankweg von de Hand wöl; äwer de Weddergesundheit von
dit Wiew wist mi büdlich, dat dat st uns nich upfamen
kann.“

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schmarz. Druck: Friedr. Meper & Co.
Sämtlich in Lübeck.